

maximum

over  
drive

von mensch zu mensch

3/96  
ISSN Nr. 1431-0759

## "POLITIK IST FAD..."

"Spaniens Himmel breitet seine Sterne über unsere Schützengräben aus..." - *Andreas Klärner* reviewt die spanische Revolution von 1936 und entdeckt dabei die umfassendste soziale Umwälzung in der uns bekannten Geschichte (4). Studentischer Protest - das kontrafaktische Projekt unseres Alltags, angeschoben von *Christof Dipper* (15). Macht kaputt, was euch kaputt macht - der Castor rock'n rollt wieder durch die Heimat, ein Protestgesang von *Gerald Neubauer* (20). Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft, vor oder nach dem Mensa-Essen (24). Des Drudels Kern: Israel liegt in Palästina oder umgekehrt, Volkskommissar *Mustapha Mostapha-Darwish* rätselt weiter (26). Türkei sucks - again and again, *Aylin Deniz* appelliert an den neuen UNO-Generalsekretär (32). Studiengebühren statt Vernunft, *Marcus Gottsleben* blickt in die Vorhölle (36). Leider nicht lieferbar: *Marcus Gottsleben* sagt zum BAFöG leise servus (40). Heute stirbt der Wald und morgen mein Auto... *Gerald Neubauer* ruft in die Wüste (43).

## "...KULTUR IRGENDWIE AUCH"

Wann ist Maschinenland endlich abgebrannt? fragt der virtuelle Bert-Brecht-Sekretär *Volker Ochs* (45). To Luhmann or not to Luhmann? *Harald Hellweg-Mahrt* lädt ein zum Hirnbrunch (46). Bücher mon amour, lesen oder lesen lassen mit der *MO-Redaktion* (52). Wiedergehört: John Cage, aufgelegt von *Ekkehard Ehlers* (54). Leserbriefe von Fans für Fans (57).

Studentischer

# Protest

Studentischer Protest im 19. und 20. Jahrhundert

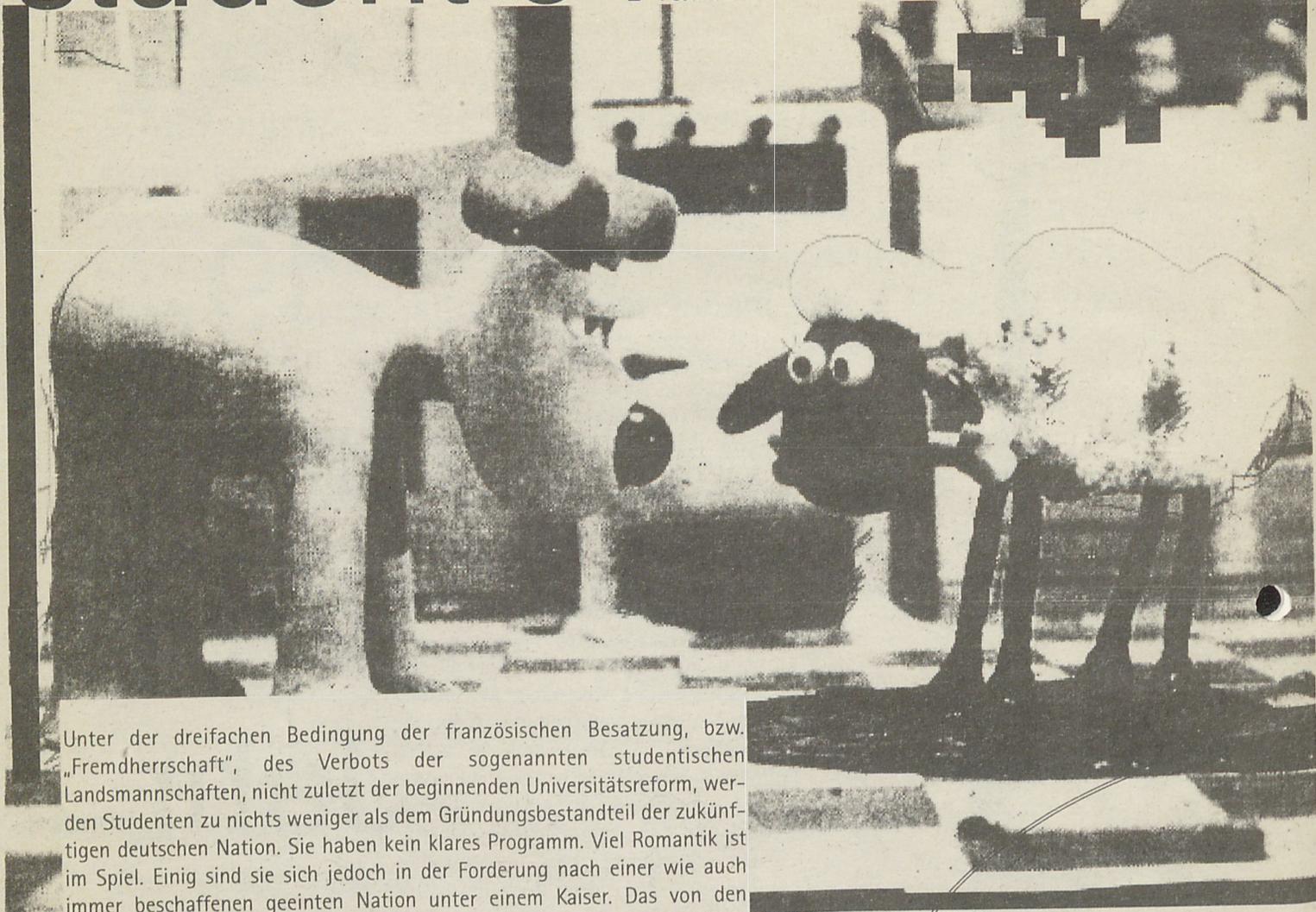
Vorlesung von Christof Dipper auf dem Luisenplatz am 02.07.1996 aus Anlaß der Protestveranstaltung des ASTA und der Fachschaft am Fachbereich 2 der THD

Es geht heute nicht um eine politische Agitationsrede, aber ich hätte meinen Beruf verfehlt, wenn ich als Historiker nicht auf die heutige Situation reagieren würde. Geschichte ist keine Altertumswissenschaft, sondern ein Beitrag zum Verständnis von Hier und Heute. Wenn also „Studentischer Protest im 19. und 20. Jahrhundert“ das Thema ist, dann blicken wir in die Vergangenheit, um Bedingungen abzulesen, unter denen politischer Protest überhaupt erst wahrscheinlich wird. Diese Bedingungen, so viel sei vorausgeschickt, liegen nicht in der politischen Verfassung der Gesellschaft, also nicht schon beispielsweise in den Grundrechten unserer Verfassung, sondern sie liegen in uns, in unserer Wahrnehmung der Welt, in unserer gedanklichen Verarbeitung. Auch die praktische Nutzenanwendung sei bereits vorausgeschickt. Sie lautet: Wie müssen wir an uns, Sie an sich arbeiten, damit es nicht beim heutigen Happening bleibt? Die Geschichte des studentischen Protests läßt sich in zwei große Zeitabschnitte einteilen. Der erste Abschnitt könnte überschrieben werden mit Politisierung im Dienste der Nation und dauert von ungefähr 1812/15 bis ungefähr 1955/65. Noch bis ins späte 18. Jahrhundert, als andere Gruppen der Bevölkerung, insbesondere ihre Eliten, bereits politisiert waren, läßt sich bei den Studenten ein politischer Protest nicht nachweisen. Zwar protestierten Studenten auffallend häufig, aber nur zur Verteidigung ihres privilegierten Daseins und zur Verteidigung ihres ständischen Ehrbegriffs. Die Konflikte bezogen sich also entweder auf die Studentenschaft selbst, oder auf die Universität beherbergende Stadt.

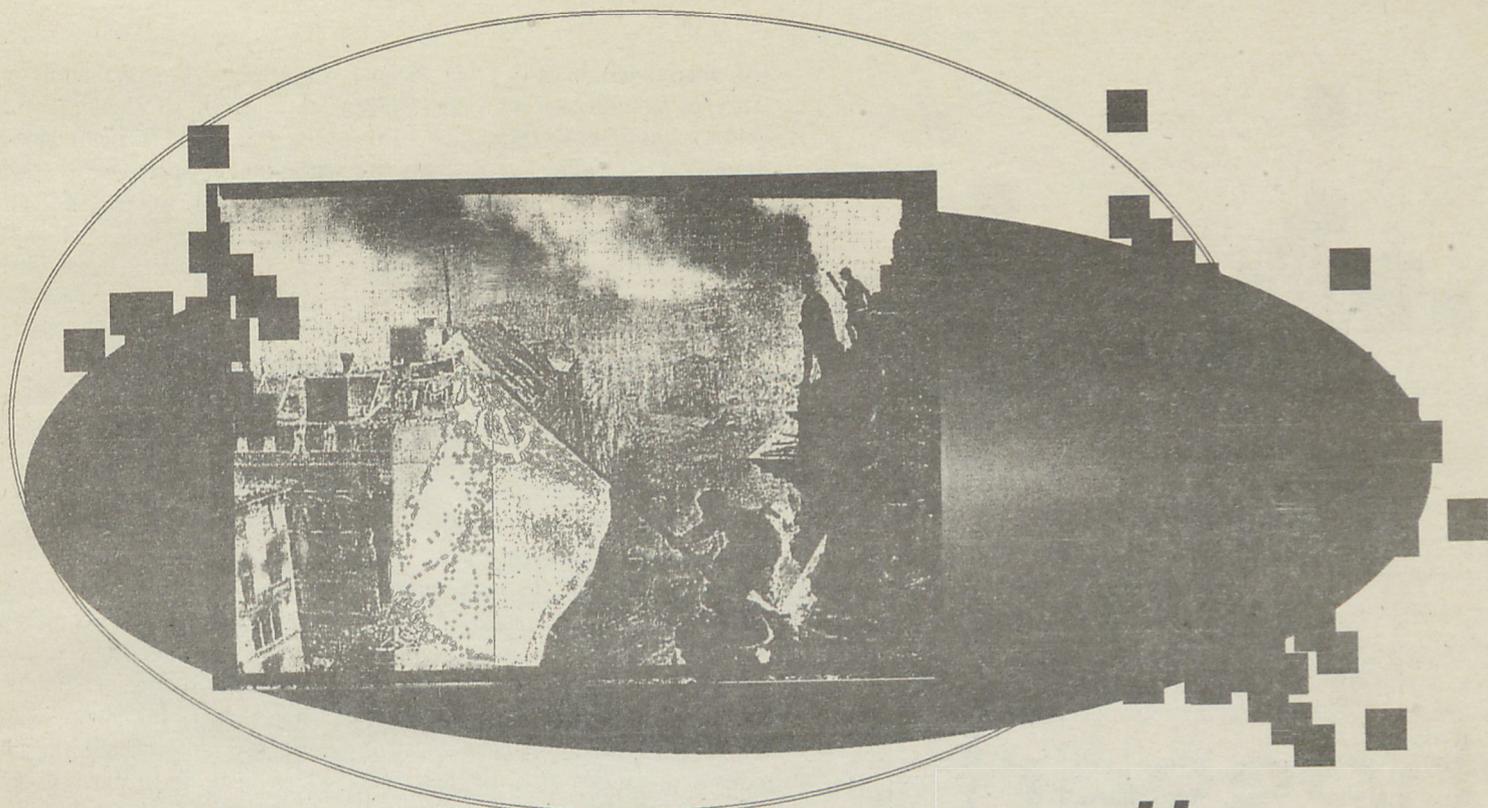
Im Umkreis des Zusammenbruchs des Ancien Regimes gerät auch endlich das studentische Milieu in die Krise, die zu einem völlig veränderten Weltbild führen sollte. Gesellschaft und politische Institutionen kommen in Deutschland ab 1806 zunehmend und immer schneller in

im 19.  
und  
20.  
Jahr hundert

# student '94 ratlos



Unter der dreifachen Bedingung der französischen Besatzung, bzw. „Fremdherrschaft“, des Verbots der sogenannten studentischen Landsmannschaften, nicht zuletzt der beginnenden Universitätsreform, werden Studenten zu nichts weniger als dem Gründungsbestandteil der zukünftigen deutschen Nation. Sie haben kein klares Programm. Viel Romantik ist im Spiel. Einig sind sie sich jedoch in der Forderung nach einer wie auch immer beschaffenen geeinten Nation unter einem Kaiser. Das von den Burschenschaften nach 1815 geprägte Schlagwort von „Ehre, Freiheit, Vaterland“ war bewußt sehr allgemein gehalten und entsprechend ausdeutbar. In der Folge bildete diese Trias den stereotypen Kernbestand ständischen Politikverständnisses und entsprechender Protestaktivitäten. Es beginnt mit dem Einsatz in den sogenannten Befreiungskriegen des Jahres 1813/14, setzt sich fort im Wartburg-Fest des Jahres 1817, in dessen Verlauf die Burschenschaft in die Illegalität abgedrängt wird, kommt zum Vorschein auf der Versammlung anlässlich des Hambacher Fests im Jahre 1832 und während des sogenannten Frankfurter Wachensturm im folgenden Jahre und natürlich auch während der Revolution von 1848/49. Bis zur Reichsgründung befinden sich die Studenten, nicht anders als die nationale Bewegung überhaupt, in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden politischen System. Das ändert sich selbstverständlich ab 1870. Von nun an wird die Studentenschaft zur Vorkämpferin des neuen Reichs auf der Ebene der politischen Bewußtseinsbildung, was ganz besonders greifbar wird am sogenannten Bismarck-Kult als Antwort auf dessen erzwungenen Rücktritt im Jahre 1890. Ein erheblicher Teil der Bismarck-Türme in Deutschland und ganz besonders der auf dem Dommerberg stehende Bismarck-Turm, den die Studenten der TH Darmstadt errichtet haben, ist ein bis heute sichtbares Zeichen dieser politischen Einstellung. Sie fand ihre Fortsetzung in den studentischen freiwilligen Einheiten im Herbst 1914, die sich mit dem Namen Langemarck verbinden. Auch nach dem 1. Weltkrieg bleiben die Studenten Vorkämpfer des nationalen Gedankens, der sie in Gestalt der Burschenschaften, der Freikorps und anderer nationaler Verbände gegen die

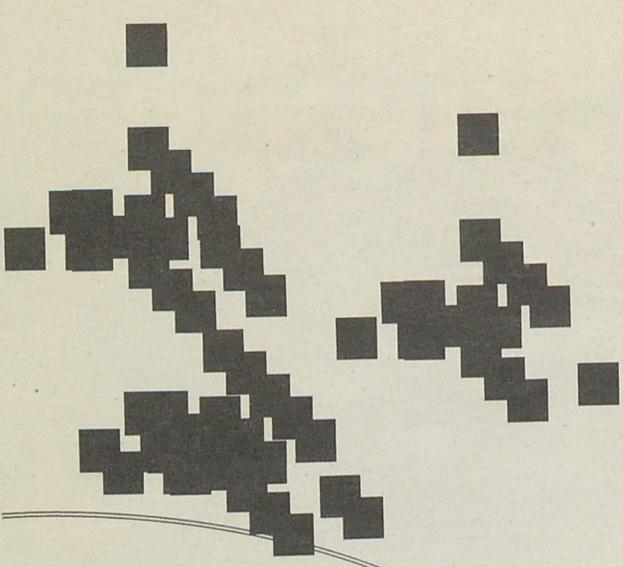


# damals war alles

student '45

Die Antwort von seiten der Studenten ist unterschiedlich. Am weitesten reichte sie sicherlich in Gestalt der Verschwörung der sogenannten Weißen Rose. Wichtig ist, daß die Politisierung im Dienste der Nation, bzw. der nationalen Frage nicht im Jahre 1945 abgebrochen ist, sondern ihre Fortsetzung fand, nunmehr unter dem Stichwort Antikommunismus. Der war besonders virulent an der sogenannten Front-Universität, der 1948 gegründeten Freien Universität. Noch beim Mauerbau waren die Studenten die Helden des Tages, die auf vielfältige Weise Menschenschmuggel organisiert haben. Wenn wir die nun allmählich zu Ende gehende erste Phase bilanzieren wollen, so ließe sich sagen, daß zwischen 1870 und den 1960ern das studentische Politikverständnis sich im Fahrwasser der offiziellen Politik befunden hat. Die Studenten waren mehrheitlich unkritische Nachbeter dessen, was ihnen „Alte Herren“, politische Instanzen, große Teile der Gesellschaft als „nationale Aufgabe“ vorgesagt hatten. Je länger, desto mehr läßt sich feststellen, daß dieses Politikverständnis eigentlich ein unpolitisches war.

Die zweite Phase des studentischen Protests läßt sich als Re-Politisierung der Studentenschaft im Dienste von Bildung und Demokratie beschreiben. Es fällt auf, daß die Nation als politischer Letztbezug in dem Moment zu verschwinden begann, als 'Bonn', um den Weststaat in aller Kürze zu bezeichnen, alle Attribute einer vollständigen Nation beansprucht. Seit 1955 ist die Re-Politisierung zu beobachten. Es wurde auch sogleich zum Thema amerikanischer, nämlich Seymour Martin Lipset und deutscher, nämlich Jürgen Habermas, Soziologen. Zwei Themen bestimmten am Anfang die Diskussionen, erstens die Wiederbewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, wobei sich die studentischen Aktivisten den bereits von anderer Seite organisierten sogenannten Ostermärschen anschlossen, und zweitens die Kontinuitäten aus der NS-Zeit, die an den Universitäten besonders offensichtlich waren und allerdings erst anfangs der 50er Jahre wirklich bemerkt wurden. Beschleunigend und radikalierend wirkten dann Anfang der 1960er Jahre drei Ereignisse von außerordentlicher, ja zum Teil internationaler Bedeutung, nämlich erstens die Spiegel-Krise des Jahres 1962, die 1964 von Georg Picht ausgerufene sogenannte Bildungskatastrophe, nicht zuletzt der 1965 konkrete Gestalt annehmende



# besser!

anschlüssen, und zweitens die Kontinuitäten aus der NS-Zeit, die an den Universitäten besonders offensichtlich waren und allerdings erst anfangs der 50er Jahre wirklich bemerkt wurden. Beschleunigend und radikalierend wirkten dann Anfang der 1960er Jahre drei Ereignisse von außerordentlicher, ja zum Teil internationaler Bedeutung, nämlich erstens die Spiegel-Krise des Jahres 1962, die 1964 von Georg Picht ausgerufene sogenannte Bildungskatastrophe, nicht zuletzt der 1965 konkrete Gestalt annehmende Vietnam-Krieg. Alle drei Ereignisse wirkten unmittelbar als Katalysatoren der Demokratisierung und zwar zunächst der Hochschulen, späterhin der Gesellschaft insgesamt. Anders als bisher, und das ist besonders wichtig, verstanden sich die unter diesen Bedingungen politisierenden Teile der Studentenschaft als „links“.

Dieser Umschlag bietet Gelegenheit, die Bedingungen für die Politisierung des studentischen Milieus allgemein zu erkennen. Es sind drei Voraussetzungen nötig. Erstens bedarf es eines konkreten Gegners, zweitens des Gefühls, von der Politik mißachtet zu werden, und drittens konkreter Ziele. Der Gegner befand sich bisher „links“ von jetzt an sollte er „rechts“ stehen. Er wurde mit dem politischen System, dem sogenannten Establishment gleichgesetzt, später scheinbar zugespitzt auf die Schlagworte der „Bourgeoisie“, bzw. des „Kapitalismus“. Im Zeichen des Vietnam-Krieges wurden die USA und das, was man pauschal als „Imperialismus“

zu bezeichnen begann, zum Gegner schlechthin. Das Verhältnis zur Sozialdemokratie war schwierig. Großen Teilen des studentischen Protests galt sie einerseits als Opposition, andererseits aber wurde sie nicht ganz zu Unrecht auch als Teil des 'Systems' betrachtet und entsprechend verdächtigt. Was zweitens die angesprochene Mißachtung durch die Politik betrifft, so wurde diese nun schärfer denn je zuvor wahrgenommen. Es setzte ein sich gegenseitig hochschaukelnder Prozeß politischen Protests einerseits, staatlicher Repression andererseits ein, die sich anfangs auf administrative Gewalt beschränkte, schließlich und immer öfter in Gestalt einer prügelnden und nicht zuletzt schießenden Polizei auf den Plan trat. Das Ziel, um zum dritten und letzten Punkt zu kommen, hatte sich ebenso radikal gewandelt wie die Gegner. War es bisher um die Nation gegangen, so stand jetzt die „Demokratie“ auf der Tagesordnung. „Demokratie“ verstanden in einem sehr weiten Sinne. Es sollte sich als Vorteil erweisen, daß nicht anders als bisher unter dem Stichwort der Nation nunmehr auch unter dem Stichwort der Demokratie, jedenfalls soweit mit „Demokratisierung“ die Ablösung der CDU gemeint wurde, dieses Konzept gewisse Zeit sich als mehrheitsfähig erwiesen hat. Im Ergebnis hat die studentische Bewegung jener Jahre, zusammen mit der sogenannten Assistenten-Bewegung, die sich organisatorisch in der kurzlebigen Bundes-Assistenten-Konferenz konkretisiert hat, im Bildungs- und Wissenschaftssektor manches erreicht. Die Hochschulreformen der späten 60er und insbesondere der 70er Jahre wären ohne den Druck aus den „unteren Etagen“ der Universitäten nicht annähernd so weit voran gekommen, wie sie allen Mängeln zum Trotz tatsächlich vorangekommen sind.

Nach diesem geschichtlichen Rückblick wollen wir uns nun der Gegenwart zuwenden. Beim Blick auf das Heute wird sofort klar, daß die Bedingungen für Politisierung derzeit eher schlecht sind. Der Gegner ist nicht so recht auszumachen. Die Knappheit der Mittel in den öffentlichen Kassen, die den größeren Teil der deutschen Gesellschaft betrifft, kann nicht als Gegner bezeichnet werden. Wohl ist sie allerdings Ursache, scheinbare Ursache der heutigen Misere. Auch sind die Politiker, und das muß man gerechter Weise einräumen, keineswegs insgesamt Gegner der Hochschulen, insbesondere dann nicht, wenn diese Hochschulen sich in erster Linie als Schulen verstehen. Vergegenwärtigen wir uns freilich den Sinn der Universität, sieht es schon ein wenig anders aus. Die Gesellschaft, um eine andere Möglichkeit auszuloten, kommt sowieso nicht als Gegnerin in Frage. Schließlich schickt sie jedes Jahr mehr junge Leute auf die Universitäten, verspricht sich also von dieser Institution nach wie vor einiges. Widerstand, eine weitere wichtige Bedingung für Politisierung, will sich nicht so richtig formieren. Repression von seiten des Staates findet bekanntlich überhaupt nicht statt. Hier ist eher Nichtbeachtung unser Los. Bereits seit Ende der 70er Jahre, also lange vor der Haushaltsmisere der Gegenwart, begann die finanzielle Aushungerung der Universitäten. Den Anstoß dazu gab seinerzeit Bundeskanzler Helmut Schmidt.

[.....]

Die Sozialdemokraten und die Grünen, die besonders wissenschaftsfeindlich sind, tun ein übriges zur Verhinderung des Widerstandes durch die Studierenden, die, wie man weiß, in der Regel überwiegend jenen beiden politischen Kräften ihre Stimmen bei den Wahlen geben. Und drittens, das Ziel. Hier herrscht vollkommene Fehlanzeige. Niemand weiß so richtig, wohin der Protest zielen soll. Man ist gegen Studiengebühren, gegen Numerus clausus, gegen Eingangsprüfungen und gegen vieles andere. Aber wofür sind wir eigentlich? Damit komme ich zu meinem vierten und letzten Punkt.

Was ist zu tun? Diese Frage werden wir heute nicht beantworten, aber wir sollten sie uns ernsthaft stellen. Bevor wir mehr Geld fordern - das ist mir sehr wichtig - sollten wir die Bedingungen für Politisierung wieder herstellen. Mit anderen Worten, wir sollten uns darüber verständigen, was Universität, was Wissenschaft ist bzw. sein soll. Anders gefragt: warum man überhaupt studiert. Ich möchte mit der zweiten Frage beginnen.

Die Studentenschaft ist heute kein objektives, präzise abgrenzbares Milieu mehr. Teilweise ist sie nebenher bereits in die Arbeitswelt integriert. Fast ganz hält sie an den familiären und heimatlichen Strukturen fest, in die sie hineingeboren ist. Seien wir ehrlich, das ohnedies vorhandene häusliche Zimmer und ein Auto sind den meisten von uns wichtiger als der Umzug in die Universitätsstadt. Damit vergeben die Studierenden ein, wenn nicht das entscheidende Instrument ihrer Sozialisation. Und als letztes: die meisten Studierenden betrachten ihr Studium als Berufsvorbereitung.

Und dies, obwohl niemand weiß, in welchem Beruf er landen wird, auch nicht diejenigen, die gegenwärtigen in scheinbar sicheren Studiengängen studieren, also die angehenden Naturwissenschaftler oder Ingenieure und ob sie ihn werden lebenslanglich ausüben können. Und nun zurück zum ersten der beiden Gesichtspunkte, zur Wissenschaft.

Sie wird gegenwärtig allgemein mit „Nützlichkeit“ gerechtfertigt. Deutschland sei eben ein Ressourcen armer Staat, dem müsse es mit Wissensproduktion begegnen. Auch Wissenschaftler reden so, und das ist besonders fatal. Die Rede von der puren Nützlichkeit von Wissenschaft ist ein Indiz für das, was Georg Wieland, der Tübinger Philosoph, als „-ffentlichkeitsunfähigkeit“ unserer Wissenschaft bezeichnet hat. Soviel ist jedenfalls klar, aus puren Nützlichkeitsgründen sind die Universitäten im 12./13. Jahrhundert nicht erfunden worden. Ihre Gründungsidee war es, eine neuartige Gemeinschaftsbildung zum Zwecke des reinen Wissen- und Erkennenwollens zu wagen. Beides zusammen sollte der intellektuellen Selbständigkeit gegenüber der Tradition und der kritischen Distanz zu einer naiven Weltauffassung dienen. Und dieses wurde erreicht durch eine methodisch gesicherte Fragekultur. Wissenschaft ist ein Typus von Erkenntnis, der sich von anderen Erkenntnisarten unterscheidet durch Begrifflichkeit und rationale Begründung, durch methodische Organisation und durch systematische Verfahren. Diese drei Dinge sind ganz gewiß nützlich für die Gesellschaft, aber nicht in diesem platten Sinne, in dem gegenwärtig Wissenschaft mit wirtschaftlichem Wachstum

gleichgesetzt wird. Als neuartige Einstellung zur Welt ist dieser Typus von Erkenntnis für nichts weniger verantwortlich als für den Prozeß, den Max Weber als „Rationalisierung“ der (westlichen) Welt bezeichnet hat. Man muß das natürlich nicht lebenslanglich als Beruf betreiben. Die Universität ist aber der Ort, wo diese Prinzipien und ihre nötigen Verfahren eingeübt werden. Für beides ist kein Ersatz denkbar. Beides kann nur, das zeigt sich auch in der gegenwärtigen Diskussion, an der Universität gelernt werden. Wer an Wissenschaft in diesem Sinne nicht interessiert ist, ist an den Universitäten fehl am Platz!

Ich möchte schließen mit einem dreifachen Appell. Lassen Sie sich erstens nicht von der Kritik seitens der Gesellschaft entmutigen. Immerhin zeigt diese Kritik, daß die Gesellschaft noch an der Universität interessiert ist. Beginnen Sie zweitens, das liegt mir besonders am Herzen, mit Selbsterforschung darüber, was Sie hier, das heißt, an der Universität eigentlich wollen.

Erst wenn geklärt ist ob die eigenen Vorstellungen etwas mit der skizzierten Idee der Wissenschaft bzw. der Universität zu tun haben, kann man den Kritikern antworten. Die Organisatoren haben bereits bewiesen, daß es ihnen damit ernst ist. Sie verdienen unseren vollen Dank. Den Organisatoren und allen anderen möchte ich aber zurufen: Sie können noch mehr tun. 1965 hat es an den Universitäten mit Vorlesungskritiken angefangen. 1968 folgten autonome Veranstaltungen. Beides benötigen wir. Studierende und Professoren, die sich engagieren, um dem kritischen Anspruch der Wissenschaft gerecht zu werden. Wenn nun, und damit komme ich zum dritten und letzten Punkt, Sie die eben angesprochene Selbsterforschung vorgenommen haben, dann haben Sie auch Argumente zur Hand, mit denen eine Wissenschaftspolitik eingefordert werden kann, die diesen Namen verdient. Ich habe die Hoffnung, daß dann das Geld in Ihren Argumenten nicht die Hauptsache ist, sondern der Kampf gegen Mittelmaß, Gleichmacherei und Wettbewerbsfeindlichkeiten, die wir bei Professoren wie bei Studierenden antreffen. Ich habe die Hoffnung, daß dann die Studiendauer nicht Thema Nummer 1 ist, sondern die Studierbarkeit. Und dies ist in Verbindung mit der Anerkennung der Tatsache, daß es unseren Studierenden gelungen ist, und zwar von der -ffentlichkeit fast unbemerkt, ohne Hilfe von außen, neue Berufsfelder zu erschließen, insbesondere nachdem der Staat, jahrhundertlang Hauptabnehmer der Universitätsabsolventen, vor 10 bis 15 Jahren mit dieser Tradition fast ganz abgebrochen hat. Ich habe schließlich auch die Hoffnung, daß dann ein Ministerium der Verachtung anheim fällt, das sich weigert, die angeforderten Evaluationen und Studienberichte auch nur mit uns zu diskutieren, daß es uns eine Frauenquote, die sehr berechtigt ist, auferlegt und Mittel für die Frauenforschung streicht. Ein Ministerium, das schlechterdings kein Interesse mehr an uns hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen für Ihren weiteren Protest viel Erfolg.

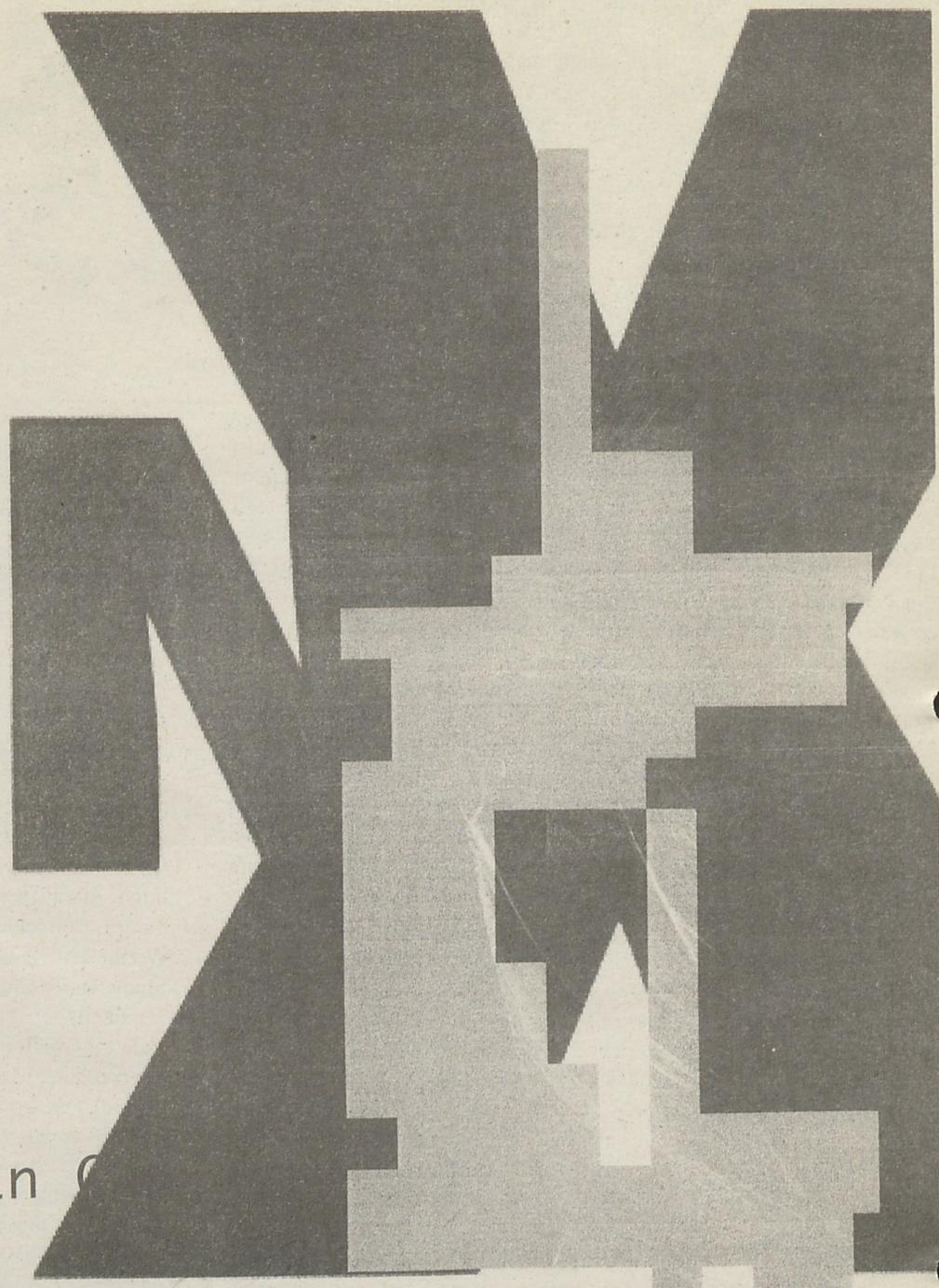
castor Alarm

ker

uer

uer

uer



Wa

ein

**Wir  
stellen uns q**

# Durch Darmstadt rollt der Castor

Am 8. Mai 1996 war Darmstadt-Kranichstein in allen Medien. Einer recht kleinen Gruppe von AtomkraftgegnerInnen war es gelungen, den Castor-Behälter auf seinem Weg von der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague (Frankreich) ins umkämpfte Zwischenlager Gorleben zu stoppen. Die AktivistInnen waren in Kleingruppen organisiert, und standen als der Castor kam an verschiedenen Orten am Kranichsteiner Bahnhof. Während die Polizei abgelenkt wurde, gelang es einer anderen Gruppe an anderer Stelle an die Schienen zu kommen. Ein Mitglied der Gruppe setzte sich im richtigen Moment auf die Gleise direkt vor den auf ihn zurollenden Castortransport. Der Castor bremsste, stoppte und erlebte somit einen kleinen Vorgeschmack auf das, was ihn später zwischen Dannenberg und Gorleben erwarten sollte. Die Darmstädter AktivistInnen schafften es, eine ca. 15-minütige Verzögerung sowie ein bundesweites Medien-echo zu verursachen. Für größere Erfolge waren sie noch zuwenig. Doch das soll nächstes Jahr anders werden.

Bei den Castortransporten ins Gorlebener Zwischenlager geht es um wesentlich mehr, als um die Gefährlichkeit dieser Transporte. Dem Zwischenlager sowie vor allem der Endlagererkundung im Gorlebener Salzstock kommt eine herausragende Bedeutung für das gesamte Atomprogramm zu. Der Betrieb von Atomkraftwerken ist nämlich nur dann möglich, wenn ein sog. „Entsorgungsvorsorgenachweis“ erbracht wird. Als dieser dienen immer noch die Probebohrungen im Gorlebener Salzstock, obwohl zahlreiche ExpertInnen bezweifeln, daß der Salzstock hochradioaktiven Atommüll wirksam von der Umwelt abschirmen kann.

Den Energieversorgungswerken geht es bei den Castortransporten nach Gorleben darum, vollendete Tatsachen zu schaffen, um weiterhin einen Entsorgungsnachweis zu haben. Zur Aufrechterhaltung der Lüge einer sicheren Entsorgung und damit zum Weiterbetrieb der Atomkraftwerke sind sie auf eine Vielzahl von Atomtransporten existentiell angewiesen.

Die entsprechende Strategie der Anti-AKW-Bewegung ist es, durch die Blockade der Transporte immer wieder auf die wachsenden Atommüllberge und die Unmöglichkeit, diese langfristig sicher zu lagern hinzuweisen. Anstatt den Müll zwischen AKWs, Wiederaufarbeitungsanlagen und Zwischenlagern hin und herzuschieben, sollte lieber als erster Schritt zur Lösung des Problems die Produktion von Atommüll gestoppt werden. Im Klartext: erst die AKWs abschalten, dann die Entsorgung der nicht mehr wachsenden Müllberge regeln.

Denn jede Anstrengung die heute schon zur Entsorgungsproblematik unternommen wird, dient letztendlich als Legitimation zum Weiterbetrieb der AKWs. Aus dieser Haltung erklärt sich die kompromißlose Praxis der Anti-AKW-Bewegung, die sich bemüht alle Atomtransporte zu behindern. Zwei Castortransporte sind inzwischen in Gorleben angekommen, wofür jedesmal der bis dahin größte und teuerste Polizeieinsatz in der Geschichte der BRD notwendig war.

418 weitere Stellplätze sind noch leer und sollten eigentlich in einem zweiwöchigen Takt aufgefüllt werden. Zur Zeit schafft die Polizei maximal einen Transport pro Jahr und ist dann mit zehntausenden abzufeiern- den Überstunden für den Rest des Jahres nicht mehr Cas-torfähig. Jedes Kind kann sich ausrechnen, daß das Projekt in Gorleben bei gleichbleibendem Widerstand auf die Dauer nicht durchsetzbar ist. Daran ändert sich auch nichts, wenn in Zukunft sechs anstatt nur einem Behälter pro Einsatz durchgeprügelt werden. Doch der Widerstand bleibt nicht gleich, er wächst! An Dutzenden Orten gründeten sich in letzter Zeit neue Initiativen und die Chance, daß sich die Zahl der BlockiererInnen das nächste Mal wieder verdoppelt steht gar nicht schlecht.

Im Wendland (so heißt der Landstrich in dem Gorleben liegt) wird zur Zeit eine große „Kampagne Gewaltfrei und ungehorsam gegen Castor“ organisiert, die den Widerstand sowohl verbreitern als auch effektivieren möchte.

NIX<sup>3</sup> ist das Motto aller Aktionen, denn das Ziel ist es, den dritten Transport zu verhindern, bevor er losfährt. Zwei Aktionen, die Teil dieser Kampagne sind, und die auch von Darmstadt aus gut unterstützt werden können, möchte ich hier vorstellen, um anschließend auch von den Planungen für Darmstadt zu berichten.

**Der Aktion „X-tausendmal quer“ geht es darum, daß sich möglichst viele Menschen jetzt schon konkret auf gewaltfreie Sitzblockaden vorbereiten.**

Die Aktion „X-tausendmal quer“ geht es darum, daß sich möglichst viele Menschen jetzt schon konkret auf gewaltfreie Sitzblockaden vorbereiten. Die Erfahrung des letzten Transports hat gezeigt, daß viele Menschen nicht genügend mit der Situation umgehen konnten und so neben der StaÙe standen anstatt auf ihr zu sitzen. Durch spezielle „Trainings in gewaltfreier Aktion“ ist es jeder und jedem möglich sich vorzubereiten und in der Entschlossenheit zu wachsen.

quer!



Wenn die Zahl und die Effektivität gewaltfreier Sitzblockaden weiter wächst, kann es gelingen, den politischen und finanziellen Preis so hochzutreiben, daß der Castor nicht mehr durchkommt. Durch die massenhafte namentliche Ankündigung der Sitzblockaden durch Zeitungsannoncen soll schon vor dem Transport Druck aufgebaut werden. Dabei ist es möglich, entweder eine „Selbstverpflichtung“ zur Blockade oder eine „Solidaritätserklärung“ zu unterschreiben.

Einen Schritt weiter im zivilen Ungehorsam geht die Aktion „Keine Bahn zum Castor-Kran“. Unter diesem Motto versuchen in regelmäßigen Abständen kleine Gruppen die Schienen zum Castor-Kran, auf denen kein Personenverkehr fährt, öffentlich zu demontieren. Sie brechen dabei Gesetze und setzen sich bewußt auch der Strafverfolgung aus. Es geht nicht darum, nachts möglichst viel Sachschaden anzurichten. Vielmehr soll durch die Öffentlichkeit der Aktionen sowie eventueller Strafprozesse politischer Druck aufgebaut werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß solche Aktionen, bei denen Menschen nicht gefährdet werden, in der Öffentlichkeit gut aufgenommen wurden und den Widerstand belebten. „Wenn ihr unser Leben nicht achtet, achten wir eure Gesetze nicht!“ ist das Motto des zivilen Ungehorsams, der ebenfalls durch Selbstverpflichtung bzw. Solidaritätserklärung angekündigt wird. Doch nicht jeder Mensch kann oder will nach Gorleben fahren. Aus diesem Grund versuchen auch hier kleine Gruppen den Castorwiderstand zu verbreitern. Beide Gorleben-Castortransporte führen über Darmstadt, wobei das letzte Mal erste Erfahrungen gesammelt wurden, wie ein fahrender Atomtransport gestoppt werden kann. Die beteiligten Gruppen aus dem ganzen Rhein-Main Gebiet haben beschlossen, es das nächste Mal wieder zu probieren und alle CastorgegnerInnen nach Kranichstein zu mobilisieren. Dort sollen sich viele kleine Gruppen bilden, die sich durch den Wald und über die Schienen schleichen, die Polizei verwirren und im entscheidenden Moment den Castor blockieren. Dabei kann natürlich jedeR selbst entscheiden, wie viel er oder sie riskieren möchte. Allein die Gegenwart von vielen Menschen schafft der Polizei große Probleme. Wenn dann noch einige die Schienen betreten, kann der Transport nicht mehr planmäßig durchfahren.

Der vorgesehene Transporttermin für November 96 ist verschoben worden, weil sich die Polizei nicht in der Lage sieht, ihn zu sichern. Für das Frühjahr 97 ist nun ein Sammeltransport von gleich 6 Behältern vorgesehen.

Gerald Neubauer

Es ist also viel Zeit, den Druck weiter zu erhöhen, um den Castor schließlich ganz zu verhindern.

Wer mitmischen will, wende sich an folgende Adressen:

ker  
uer  
ker  
uer  
ker  
uer

**Die Stadtpiraten  
Oettinger Villa  
64289 Darmstadt  
Telefon: 712365**

**X-tausendmal quer  
Dorfstraße 30  
29462 Blütlingen  
(Wendland)**

**Keine Bahn zum  
Castor-Kran  
Landstraße 6  
29462 Güstritz  
(Wendland)**

## Was ist ein Castor ?

Ein Castor ist ein Behälter für die Lagerung und den Transport hochradioaktiver, abgebrannter Brennelemente, die bei der Stromerzeugung in Atomkraftwerken anfallen.

Die Brennelemente werden nach etwa fünfjähriger Kühlung in den Abklingbecken der AKW's in diese Spezialbehälter verpackt und per Bahn entweder zur Wiederaufbereitung nach Sellafield oder La Hague bzw. zur Zwischenlagerung nach Gorleben transportiert. Der Inhalt eines einzigen Castor-Behälters entspricht der Strahlungsmenge von 40 Hiroshima-Bomben!

Es wurden unterschiedliche Sicherheitstests mit den Behältern durchgeführt. Unter anderem Falltests aus 9 Metern Höhe, bei denen die Behälter eine Geschwindigkeit von 48 km/h erreichen und Feuertests bei denen die Behälter 30 Minuten lang 800 Grad Celsius standhalten müssen. In der Realität können die Belastungen, denen der Castor-Behälter ausgesetzt ist, jedoch weitaus höher sein. Für schwere Unfälle ist der Castor-Behälter nicht ausgelegt!

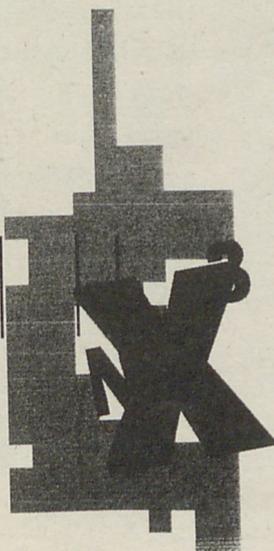
So wird der Behälter mit bis zu 100 km/h befördert. Bei Unfällen mit Benzin und Chemikalien können Temperaturen bis zu 2000 Grad Celsius auftreten. Löscharbeiten sind auf einsamer Strecke innerhalb von 30 Minuten fast unmöglich. Viele dieser Tests finden zudem mit kleineren Castor-Modellen und nicht mit einem Original statt. Außerdem sind diese natürlich nicht beladen.

Solche Behälter sollen nicht nur Unfällen während des Transports, sondern auch 40 Jahren Zwischenlagerung standhalten. Niemand kann dafür garantieren, daß es nicht zu Unfällen kommt. Im Laufe der Jahre könnten auch durch Korrosion und Beschädigungen radioaktive Stoffe entweichen.

**Auch die permanente Abgabe radioaktiver Strahlung kann der Castor nicht verhindern. 1 1/2 Stunden Aufenthalt neben einem Behälter reichen aus, um die maximale Jahresdosis aufzunehmen.**

Vorübergehend wird der radioaktive Anteil des Mülls auch in Glas eingeschmolzen und in HAW-Behältern verpackt. Diese HAW-Behälter gelten als noch unsicherer als die Castor-Behälter.

quer!



Pünktlich zu Semesterbeginn tre-

ten wieder politische Gruppier-

# Rechte Publikationen an der THD

ungen und Zeitungsprojekte an,

um in der Studierendenschaft für

Unterstützung und Abonnements

zu werben. Hierbei tut sich insbe-

sondere die rechte Postille „Junge  
**Was ist die** Freiheit“ hervor, die wegen stän-

# die „Junge

diger Unterfinanzierung - darauf

angewiesen ist, eine Kampagne

zur Erhöhung der Abo-Zahlen

durchzuführen.

## Die „Junge Freiheit“

startete 1986 in zweimonatlicher Erscheinungsweise, hat es aber mittlerweile geschafft, sich zu Wochenzeitung hochzuarbeiten.

Die Mannschaft der „JF“ - tatsächlich sind die verantwortlichen Redakteure ausschließlich Männer - sieht sich in der Tradition der „Konservativen Revolution“, einer keineswegs einheitlichen ideologischen Strömung der 20er Jahre, welche aus intellektuellen Zirkeln bestand,

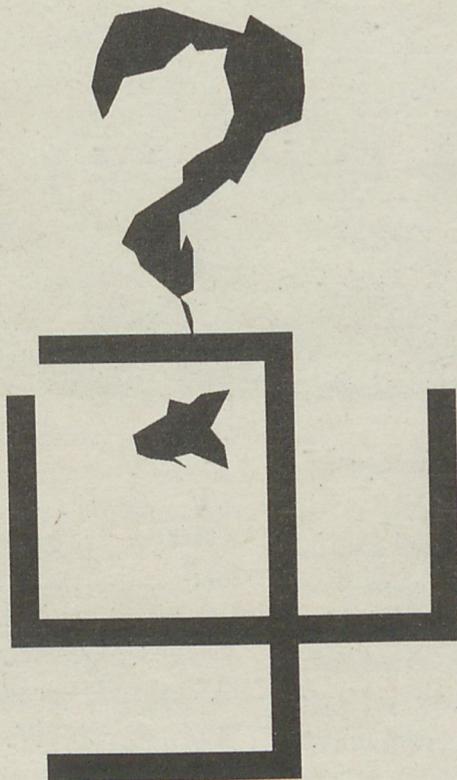
in denen Deutschnationalen ebenso wie Nationalsozialisten ihre Vorstellungen diskutierten. In der „JF“ werden diese Vorstellungen aufgenommen und moderner verpackt, eine völkisch-nationalistische Ideologie verbreitet.

Männer für Deutschland warten auf den Führer



# Die junge Freiheit?

---



Folgerichtig dann auch die Zusammenarbeit der Zeitung mit Konservativen, Nationalliberalen und Rechtsextremen.

Die Verbindungen reichen von Vertriebenenverbänden, der Deutschen Gildenschaft über die Rechtsaußen der Unionsparteien wie etwa Heinrich Lummer, dem Bund Freier Bürger oder der rechtsliberalen Gruppe in der FDP um Alexander von Stahl bis hin zu rechtsextremen Zeitschriften wie „Criticon“, „Wir selbst“ und „Aula“.

Von rechtsradikalen Ausschreitungen und pöbelnden Skins grenzt sich die „JF“ wohlweislich ab, als Klientel werden vielmehr elitebewußte, rechte Intellektuelle genannt über die der Weg hin zu einer kulturellen Hegemonie führen soll. Genau deshalb stellt der Campus das ureigenste Aktionsfeld dar, hofft man doch, hier die zukünftig Führenden der Gesellschaft für sich zu gewinnen. Aus diesem Grunde ist hier jeder und jede Studierende gefragt, sich zu informieren, um mit solchen Publikationen „richtig“ umzugehen – aber auch die anderen Angehörigen der Hochschule sollten sich im Klaren darüber sein, was auf TH-Gelände verteilt wird.

Vgl. Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Das Plagiat – Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit Duisburg 1994

# Waffenstillstand oder Frieden?

Warum kommt der Nahe Osten nicht zur Ruhe? Mit dieser Frage beschäftigt sich Mustafa Mostafa-Darwish

Der Nahe Osten ist weit weg. Nah sind uns lediglich die alltäglichen Berichterstattungen der dortigen Geschehnisse durch, die TV-Nachrichten sowie den Printmedien über dieses Gebiet. Fern ist der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen Juden und Ara-

Islamische Fundamentalisten, revisionistische Zionisten die gegenseitig um die Wette Bomben und Brandschatzen. Was man weiß, sind lediglich Namen von Organisationen und ihr Gewaltpotential, wobei die politischen Inhalte meist völlig im dunkeln bleiben. Die Hamas, die

Friedensprozesses steht, der von Rabin, Arafat und Perez in Gang gesetzt wurde.

Fragt man sich wie der ganze Konflikt denn begann, so wird es schwierig eine objektive Haltung einzunehmen. Nur eines ist sicher, Schuld haben die anderen, was zur Legitimation



Den rechten Arm hochhalten und auf Frieden warten?

bern. Die Unkenntnis verwirrt den Betrachter, wenn er das Geschehen um Israel oder Palästina verfolgt; -oder wie soll man jetzt was nennen-? Und was hat das überhaupt mit diese ganzen Gruppierungen zu tun:

Hisb'Allah aber auch radikale jüdische Siedler stehen dafür. Man hört von einer israelisch palästinensischen Friedensbewegung die, für die erfolgreiche Fortsetzung eines mittlerweile fragwürdig gewordenen

weiterer Gewaltanwendung führt.

Die Frage der Schuld ist hier, also in den westlichen Industrienationen und vor allem Deutschland, zu suchen. Was weiß schon der Normalbürger über

das Morgenland? Was weiß er eigentlich von den dort lebenden Menschen, den Arabern und Juden?

Um diesen Sachverhalten näher zu kommen, muß man sich zunächst klar vor Augen halten, daß es sich beim Israelisch-Palästinensischen Konflikt nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Völkern um ein paar Quadratmeter Land handelt. Hier spiegelt sich vielmehr ein rudimentäres Problem zwischen dem Morgen- und dem Abendland wider, -der verschiedenartigen historisch bedingten Konstitution ihrer Gesellschaften-.

### Flucht aus Europa

Die Gründung Israels am 15. Mai 1948 ging einher mit einem schon lange andauernden Konflikt zwischen den jüdischen Siedlern und den dort ansässigen Palästinensern. Die Gründung war das Resultat eines Krieges zwischen Arabern und Juden, der nach der Mandatsniederlegung des Britischen Empires über das Gebiet im Februar 1947 nicht lange auf sich warten ließ.

Die Idee einen 'Jüdischen Staat' zu gründen, liegt jedoch viel weiter zurück. Theodor Herzl, der Begründer des politischen Zionismus, formulierte in seinem 1896 in Wien veröffentlichten Buch 'Der Judenstaat' die ersten grundlegenden Fragen, d.h., wie und vor allem wo eine Heimstätte für alle Juden errichtet werden sollte.

Die Entstehung einer jüdischen Identität nicht nur auf Glaubensbasis sondern auch als nationale

Identität war die zwingende historische Folge, insbesondere der Menschen jüdischen Glaubens, in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas. Ihr gingen die schon im Mittelalter erfolgten Progrome an Juden voraus, der wie ein roter Faden, sich bis hin zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaften Europas durchzieht und in den errichteten Gaskammern der Nationalsozialisten seinen Höhepunkt fand. Es sollte ein Platz gesucht werden, an dem die Juden in Zukunft frei von jeglicher Verfolgung sind. Herzls Überlegungen, im welchen Teil der Erde der jüdische Staat zu errichten sei, konzentrierte sich nicht ausschließlich auf den Nahen Osten, auch Zypern oder Uganda standen zur Disposition. So schreibt Herzl, (...) "gegen Palästina spricht die Nähe Europas, (und der ) Mangel an Ausbreitung (...). [Herzl: S.63, 1922]

Der Entscheidung, für die Besiedlung Palästinas fiel auf dem ersten Zionistischen Weltkongreß im Jahre 1897 in Basel. Die praktische Durchführung der Idee stand vor 3 Grundproblemen, nämlich, (...) 1. als Frage des Bodenbesitzes, 2. als Frage der Schaffung jüdischer Gesellschafts- und Machtstrukturen und 3. als Frage der Etablierung von jüdischen Bevölkerungsmehrheiten (...). [Waltz/Zschiesche: S.37, 1986]

Die Schaffung neuer Gesellschaftsstrukturen implizierte auch die Etablierung eines Systems, dem des bürgerlich-europäischen gleicht und die arabisch-feudal geprägten Strukturen Zug um Zug verdrängen sollte; ein Entwicklungsprozeß unter Ausschluß der dort ansässigen Men-

schen, sofern sie nicht jüdischen Glaubens waren. Nur so kann eine Nationale Identität entstehen. Ein vollwertiger Bürger Israels ist derjenige, der Anhänger des jüdischen Glaubens ist. Auch das moderne Israel praktiziert Politik auf diesem Grundsatz. Eine aus heutiger Sicht betrachtet nicht mehr adäquate Einstellung, die nicht zum Friedensprozess beiträgt. Zwar sind diejenigen Palästinenser, die im israelischen Kernland leben im Besitz eines israelischen Passes, aber sie sind niemals vollwertige Bürger mit allen Rechten und Pflichten. Aus dieser Haltung erwuchs und erwächst der radikale jüdische Nationalismus. Jabotinsky, der aus der zionistischen Organisation austrat und eine zionistisch-revisionistische Gruppe gründete und schon 1935 nach einem Judenstaat verlangte, (...) "war der Ansicht, in dem künftigen jüdischen Staat sollten die Araber als Individuen zwar Bürgerrechte genießen, aber als Nation keine politischen Rechte." [Shlaim: S.38, 1996]. Für weit radikalere Positionen steht der Rabbiner Meir Kahane von der Kach-Partei. Nicht nur die völlige Vertreibung der Araber, einschließlich in allen nach 1948 annektierten Gebieten auch jeglicher Kontakt mit ihnen müsse unterbunden werden. "Es gibt keinen Platz für eine zweite Nation in Eretz Israel. Die Araber müssen gehen." [Kahane: 1981] Es wäre daher fatal zu behaupten, der radikale jüdische Nationalismus sei ausschließlich eine Reaktion der von außen kommenden arabischen Aggression, welcher Art sie auch sein mag.



Die Welt hilft: Frieden in Dosen, bald an jeder Ecke erhältlich.

Die planmäßige und systematische Besiedlung nahm zu Beginn dieses Jahrhunderts konkrete Formen an. "1898 wurde die 'Jüdische Kolonial Treuhand Gesellschaft' gegründet, mit der eine Kolonialbank für alle erforderlichen Transaktionen nach Palästina zur Verfügung stand. Der jüdische Nationalfonds (JNF, Jewish National Fond) wurde 1901(...) ins Leben gerufen und begann im Jahre 1905 mit den ersten Landerwerbsaktionen in Palästina, bevor er offiziell als englische Gesellschaft eingetragen wurde." [Lehn: S.74, 1974]

Damit wurden die ersten Grundlagen für den Bodenerwerb bereitwilliger Siedler gesetzt. In den Jahren der britischen Mandatszeit, stieg die Zahl der Siedlungen in 20 Jahren (1919-1939) auf 231 an. Das diese Entwicklung nicht konfliktfrei verlief, ist auch ein Folge britischer Politik. Ihr war

wenig daran gelegen einen Ausgleich zwischen Arabern und Juden herbeizuführen, denn beiden Völkern war primär dran gelegen, daß die Briten das Land verlassen sollten was praktisch zu einer wechselseitigen Ignorierung gemeinsamer Probleme führte. "Die Briten andererseits waren mit diesem Zustand ganz zufrieden, denn er verhinderte sowohl eine funktionierende Verständigung zwischen Juden und Arabern, die auf eine Rebellion gegen die britische Herrschaft hinausgelaufen wäre (...)." [Arendt: S.41, 1948] Hier zeigt sich die besondere Verantwortung der Westmächte, insbesondere des damaligen britischen Empires das nur seine eigenen auf Dauer Herrschaftssichernden Interessen im Auge hatte. Chajim Weizmann sagte dazu, das es außer Zweifel stünde, daß zwischen Juden und Arabern gute Beziehungen hätten errichtet

werden können, wenn die britische Regierung tatkräftig danach gestrebt hätte.

Die Chance war aber spätestens mit dem 1. jüdisch-arabischen Krieg, 1947, vertan worden. Durch diesen Krieg, ging zwar ein 'unabhängiger' Staat Israel hervor, es sollte sich aber auch zeigen, daß aufgrund der ungelösten Probleme ein Staat entstand, der sich de facto in einem Dauerkriegszustand befindet. Ein Zustand, den sich nicht nur die arabischen Länder sondern auch Israel nicht leisten kann. "Übermäßige Rüstungsausgaben und Mobilisierungskosten würden nicht nur bedeuten, daß die junge jüdische Volkswirtschaft erstickt wird und die die gesellschaftlichen Experimente im Land abgebrochen werden, sondern sie würden auch zu einer wachsenden Abhängigkeit der Bevölkerung von finanzieller und anderer Unterstützung durch die amerika-

nische Judenheit führen.“  
[Arendt: S.43, 1993]  
Waffenstillstand, nicht Frieden  
herrscht im Nahen Osten!

### **Modernisierung oder Untergang**

Die Geschichte der arabisch-islamischen Welt ist nicht weniger wechselvoll als die der jüdischen. Mit dem Zusammenbruch des arabisch-islamischen Reiches, bedingt durch eine zunehmende gesellschaftliche Verkrustung schwand auch die kulturelle und politische Macht, die spätestens seit der Okkupation der Osmanen sein jähes Ende fand.

“Ibn Khaldun ( 1332-1406 Arabischer Soziologe und Geschichtsphilosoph ) sah das Ende des arabischen Reiches kommen, denn nach den Kreuzzügen (11.-13. Jahrhundert) und den Mongoleneinfällen geriet die arabisch-islamische Gesellschaft zu Anfang des 16. Jahrhunderts unter die Herrschaft der Osmanen. Die Türken waren ein Nomaden- und Kriegsvolk, Viehzucht und Eroberung bildeten die Basis ihrer Reproduktion, daran änderte sich auch nach ihrer Islamisierung wenig. Ihre Leistungen blieben militärischer Natur...Dies hatte Folgen für die Gesellschaftsstruktur des Reiches, in dem die Prioritäten anders gesetzt wurden als vorher. Nicht der Ökonomie und der Kultur, sondern dem Militär wurde Priorität eingeräumt.” [Abdulkader: S.63, 1989] Die feudal geprägten Strukturen des Orients blieben somit bestehen. Nicht der Islam verhinderte dies sondern die historisch-gesellschaftli-

chen Bedingungen, indem die aus dem Islam kommenden innovativen Kräfte unterdrückt wurden. “Die Islamische Orthodoxie ging eine Allianz mit der Feudaldespotie ein: gemeinsam stellten sie sich den Reformbestrebungen entgegen. Im osmanischen Reich wurde der kritische Geist erstickt und der kulturschöpfende Islam seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten beraubt.” [Ibid: S.65] Daran änderte sich auch nichts als die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich faktisch die Osmanische Okkupation im 19.- und 20. Jhd ablösten. Im Gegenteil, da wo die feudalen Strukturen besonders entfaltet waren, das gilt heute noch im besonderen für die arabische Halbinsel, stützte in dem Fall Großbritannien die bestehenden Verhältnisse um eigene Machtinteressen zu sichern. Daran hat sich heute auch nicht viel geändert, bloß das die USA die aktive Rolle übernommen hat. Der Golfkrieg ist das aktuellste Beispiel. In Kuwait wurde, nachdem die irakischen Truppen aus dem Scheichtum vertrieben wurden, keine demokratische Regierung installiert. Es wurde nicht mal ernsthaft erwogen die herrschende Scheichfamilie als regierende ‘Elite’ darauf zu drängen einen Demokratisierungsprozeß einzuleiten, wozu sollten auch die reaktionären Feudalstrukturen aufgelöst werden? Durch diese Politik fördert der Westen bewußt oder unbewußt den islamischen Fundamentalismus. Die modernen Industriestaaten schaffen sich selber das Feinbild, mit dem Preis, das daß Unverständnis über das Morgen-

land weiter bestehen bleibt und der Gefahr eines totalen Krieges im Nahen-Osten.

Die heute existierenden arabischen Staaten sind Kunstgebilde aus der kolonialen Zeit, wie viele Länder dieser Erde. Sie sind trotz ihrer offiziellen Unabhängigkeit, abhängiger denn je von den westlichen Industrienationen. Im Kampf gegen die imperialistische Einflußnahme erwuchs der Panarabismus zu Beginn dieses Jahrhunderts. Zu einer politisch aktiven Bewegung avancierte der Panarabismus erst 1952, nachdem ägyptische Offiziere unter Jamal Abdel Nasser, König Faruk stürzten. Begleitet von der Idee eines arabischen Sozialismus, der durchaus vereinbar mit dem Islam ist, war ein erster Ansatz gefunden, durch die ein von innen kommender Modernisierungsprozeß hätte eingeläutet werden können. Denn er suchte, (...) die Grundelemente des kapitalistischen und sozialistischen Modells gleichermaßen zu verwirklichen: soziale Gerechtigkeit und individuelle Entfaltung. Der Islam stellte sowohl die Norm der Gleichheit aller Gläubigen auf als auch die Verpflichtung jedes Einzelnen, dafür Opfer zu bringen. Daraus resultierte als oberstes politisches Ziel die Errichtung einer Wohlfahrtsgemeinschaft und die Schaffung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die individuelle Entfaltung des einzelnen. Letztere widerspräche kollektivistischen Gesellschaftsmodellen und der Diktatur einer einzigen sozialen Klasse, gleichgültig ob Großgrundbesitz oder Proletariat.” [Pawelka: S.135, 1985]

Das Projekt war aber von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Der Nasserismus war nicht nur antiimperialistisch sondern antizionistisch. Das oberste Ziel war, die Vernichtung des jüdischen Staates. Die nach 1949 folgenden Kriege gegen Israel ließen dem Modernisierungsprozeß keine Möglichkeit. Die Militärherrschaft blieb bestehen, grundlegende gesellschaftliche Umwälzungsprozesse vollzogen sich nicht. Das gilt gleichermaßen für die meisten anderen arabischen Staaten. Die Verknennung der Tatsache, daß Israel militärisch nicht zu bezwingen ist (dies mußte spätestens nach dem 6-Tage Krieg klar gewesen sein) verblendete den Blick die Volkswirtschaftlichen Kräfte dahingehend zu mobilisieren eine ökonomische und gesellschaftliche Basis zu schaffen um einen Strukturwandel einzuleiten

Die Folge war, daß Israel den Sinai, das Westjordanland und die Golanhöhen besetzte und wenig später die Idee des arabischen Sozialismus mit dem Tod Nassers 1970 abdankte, obwohl sie heute mehr denn je als Ansatz die Möglichkeit bietet, einen neuen Weg zu formulieren, indem sie sich von reaktionären Zielsetzungen befreit. Seitdem stagniert die Ökonomie in den arabischen Ländern um Israel herum, ja sie fällt sogar zurück und liefert islamischen Fundamentalisten den verhängnisvollen Zulauf.

### Utopie oder Wirklichkeit?

Der eingeleitete Friedensprozeß, steht gleichermaßen vor

gewaltigen Problemen und es ist nur allzu berechtigt großen Zweifel zu hegen, das er gelingen könnte.

Die Ermordung Rabins, die Wahl des rechtsgerichteten Benjamin Netanjahus zum neuen Ministerpräsidenten zeigt auch, das in der Israelisch-jüdischen Gesellschaft, eine zunehmende Radikalisierung zu verzeichnen ist. Die von Rabin und der Arbeiterpartei eingeleitete Politik des 'territorialen Kompromisses' wird von den Revisionisten relativiert, dies zeigt sich insbesondere gegenüber der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten unter dem Motto 'Kein Frieden ohne Sicherheit'. Wird Rückzug der Israelis aus dem Westjordanland weiter verzögert, wird die Frage der Siedlungen nicht schnellstens geklärt, so resultiert daraus noch mehr Unsicherheit aufgrund weiterer Terroranschläge. Die Frage, wer dann wieder angefangen hat, berechtigt nur die Fundamentalisten auf beiden Seiten den Terror fortzusetzen. "Ein guter Friede wird gewöhnlich durch Verhandlungen und Kompromisse erzielt und nicht notwendigerweise auf der Grundlage eines Programms. Gute Beziehungen zwischen Juden und Arabern werden von einer veränderten Einstellung beider Parteien zueinander, von einer Veränderung der Atmosphäre in Palästina und im Nahen Osten abhängen und nicht notwendigerweise von einem politischen Patentrezept. Kaum ein Konflikt in der Weltgeschichte hat bei außenstehenden derart viele Programme und Rezepte hervorgerufen, die je-

doch allesamt den Beteiligten bislang nicht akzeptabel erschienen. Jeder Vorschlag, kaum war er bekannt geworden, von den Arabern als projüdisch und von den Juden als proarabisch denunziert." [Arendt: S. 45, 1948]

Das Mißtrauen beider Völker ist groß und die Zeit noch nicht reif für eine ernst gemeinte Versöhnung, denn solange Juden und Araber nur ihres eigenen historischen Leides bewußt sind, können sie kein gegenseitiges Verständnis entwickeln. Es ist eine Frage wie die kommenden Generationen erzogen werden und unter welchen Bedingungen sie aufwachsen.

Die einzige Möglichkeit letztlich dem Nahen-Osten Frieden zu bringen ist ein Israelisch-Palästinensischer Staat. In der die Kinder gemeinsam zur Schule gehen, beide Sprachen lernen und die Frage im welchem Sinne die Gesellschaft organisiert werden solle, nicht davon abhängt ob er Araber oder Jude ist.

Abdulkader Irabi: Arabische Soziologie, 1989, Darmstadt

Arendt, Hannah: Israel, Palästina und der Antisemitismus, 1948, Berlin

Avi Shlaim: Im Schatten der eisernen Mauer aus: FAZ, Ausgabe Nr.141, 20. Juni 1996

Herzl, Theodor: Tagebücher, 1922, Bd. I, Berlin

Kahane: Sie müssen raus, 1981

Lehn, Walter: Zur Geschichte des jüdischen National Fonds (JNF), 1974 in: The Jewish National Fund in: Journal of Palestine Studies (JPS), Nr.4, VolIII

Peter Pawelka: Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten, 1985, Heidelberg

Waltz Viktoria/Zschiesche Joachim, Die Erde habt ihr uns genommen, 1986, Dortmund

## Der Freundschaftsverein Küçük Armutlu e.V.

Seit 1994 gibt es in Darmstadt einen deutsch-türkische Freundschaftsverein, dessen Anliegen es ist, über die Zustände in den türkischen Slumgebieten, den sogenannten Gecekondu, zu informieren und den Widerstand der Menschen dort zu unterstützen. Küçük Armutlu ist ein solches Slumgebiet im europäischen Teil Istanbuls, in dem mehr als 10000 Menschen, davon etwa die Hälfte Kinder, leben.

Vom Staat geht keine Initiative zur Beseitigung der menschenunwürdigen Bedingungen aus, jegliche Infrastruktur wurde von den BewohnerInnen selbst geschaffen. In Zusammenarbeit mit GEYAD, dem Hilfsverein für GecekondubewohnerInnen, wurde so zumindest die Strom- und Trinkwasserversorgung weitgehend gesichert. Trotzdem gibt es aber noch riesige Probleme, etwa die nicht befestigten Straßen und Wege, die schlechte Bausubstanz der ärmlichen Häuser oder auch die ständig überwachende und patrouillierende Polizei, der vor allem die Selbstverwaltungskomitees ein Dorn im Auge sind. Der Darmstädter Freundschaftsverein möchte gerade hier helfen, da die Menschen sich eigene Strukturen geschaffen haben, über die durch solidarisches kollektives Handeln die eigene Lebenssituation verbessert werden kann.

Ein Fernziel des Vereins ist der Aufbau einer Gesundheitsstation in Küçük Armutlu, jedoch steht hier nicht Wohltätigkeit im Vordergrund sondern die Unterstützung des Kampfes um legitime, nämlich Menschenrechte.

Die Arbeit soll sich aber nicht auf dieses Projekt beschränken, deshalb wurden schon mehrere Menschenrechtsdelegationen in die Türkei organisiert, welche dann ihre jeweiligen Erfahrungen in Deutschland veröffentlicht haben. Auch der Kampf der politischen Gefangenen gegen das türkische Regime wird unterstützt. Die brutalen Angriffe der Regierung und die Verweigerung grundsätzlicher Rechte gegenüber Gefangenen waren Anlaß dafür, daß im Sommer dieses Jahres mehrere Tausend Menschen in einen unbefristeten Hungerstreik, einige sogar ins Todesfasten, traten. Aus Solidarität mit den berechtigten Forderungen, wurden die Räume des AStA der TH Darmstadt besetzt und ein Hungerstreik organisiert, an dem Mitglieder des Vereins, türkische und kurdische FreundInnen teilnahmen. Um so nötiger erschien dies, da die Presse in Deutschland sehr zurückhaltend über die Vorgänge in der Türkei berichtete. Erst nachdem in den Gefängnissen Menschen starben, wurde das Augenmerk genauer auf dieses Thema gelenkt. Viele Artikel blieben aber oberflächlich, kaum wurde auf die Mitverantwortung der Bundesregierung eingegangen, welche noch immer auf vielfältigen Gebieten mit dem türkischen Regime zusammenarbeitet, dieses System, in welchem Mord und Folter, bzw. das Verschwinden lassen von Oppositionellen an der Tagesordnung sind, stützt. Auch hier ein Gegenbewußtsein zu schaffen und dieses in praktische Politik münden zu lassen, ist Anliegen des Vereins.

## Sie brauchen unsere Hilfe !

Die unmenschlichen Haftbedingungen in den türkischen Gefängnissen sind nach dem Todesfasten im Sommer '96 auf der ganzen Welt bekannt. Die politisch Inhaftierten leisten weiterhin bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen Widerstand.

**Wir rufen auf zu Geldspenden für die medizinische und rechtliche Betreuung der Inhaftierten!**

Wir stehen in Kontakt mit den Rechtsanwältinnen und den Angehörigen der Gefangenen.

Infos bei:

**Freundschaftsverein  
Küçük Armutlu e.V.**

oö AStA der THD, Hochschulstr. 1,  
64289 Darmstadt, Tel.: 06151/16-2117,  
Fax: 06151/16-6026



Spendenkonto: Stichwort: Urgent,  
Spark. Darmstadt, Kto.: 63 24 30  
BLZ: 508 501 50

Bitte angeben, ob eine Spendenbescheinigung erwünscht ist.

## Inhaftiert in der Türkei

Aus dem Gesicht des

# türkischen Staates Mafia und Konterguerilla



Am 3. November 1996 rast auf der Autobahn bei Susurluk eine schwarze Mercedes Limousine in einen Lastwagen. Drei der vier Insassen sind sofort tot, der vierte überlebt schwerverletzt. Solch ein Unfall ist in der Türkei an sich nichts ungewöhnliches. Dieser Unfall, vielmehr die Zusammensetzung der Insassen des Mercedes jedoch, erschüttert die ganze Türkei.

Bei dem schwerverletzt aus dem Wagen Geborgenen handelt es sich um den Abgeordneten der Partei des Rechten Weges von Vizeministerpräsidentin Tansu Ciller, Sedat Bucak. Einer der Toten ist Bucaks enger Freund und ehemaliger stellvertretender Polizeichef Hüseyin Kocadag, die zweite Tote ist ein Topmodel aus der Türkei. Der dritte Tote dagegen ist Abdullah Catli, ehemaliger Vorsitzender der Grauen Wölfe in Ankara und seit Jahren steckbrieflich mit einem internationalen Haftbefehl von Interpol gesuchtes Mitglied der Drogenmafia. Abdullah Catli wird auch im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat als wahrscheinlicher Komplize des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca gesucht. Darüber hinaus werden in dem Wagen Schnellfeuerwaffen, Schalldämpfer, Abhörgeräte und falsche Pässe gefunden.

Die Regierungsverantwortlichen überschlagen sich mit Erklärungen, verstricken sich in Widersprüche oder stellen sich ganz offen hinter die Kontakte des Staates mit der Drogenmafia. Fünf Tage nach dem Unfall muß Innenminister Mehmet Agar zurücktreten, weil bekannt wird, daß er mit der illustren Gesellschaft in einem Hotel wohnte. Der im Auto gefundene Waffenschein trägt die Unterschrift des damaligen Polizeipräsidenten Mehmet Agar.

Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht neue Verbindungen zwischen Regierung, Polizei, Konterguerilla und Mafia bekannt werden. Bis weit in bürgerliche, staatsloyale Kreise hinein reicht das Entsetzen über den Dreck, der zutage tritt. Selbst staatstragende Zeitungen verurteilen die Zusammenarbeit. Nur Anhänger und organisierte Mitglieder der Faschisten und Mafia erklären in den Zeitungen und nicht enden wollenden Talkshows ihre Solidarität mit Catli und seinesgleichen.

Die Türkei erlebt eine der schwersten Regierungs-krisen ihrer Geschichte. Nicht nur die jetzige Re-gierung, alle bisher an der Macht beteiligten Parteien sind diskreditiert. Erbakan, Ministerpräsident und Vorsitzender der Refah Partei, sowie Oppositions-führer und ANAP Vorsit-zender Mesut Yilmaz haben dagegen ihre eigene Strategie entwickelt. Während Erbakan sich un-beteiligt zeigt, versucht Yilmaz sich als starker Mann und potentieller Retter des Staates zu zeigen. Er gibt zu, in seiner Zeit als Regierungschef ebensolche Kontakte ge-pflegt zu haben. Allerdings mit dem feinen Unterschied, daß er damals die Mafia und Konterguerilla kontrolliert habe und nicht wie jetzt das Umgekehrte der Fall gewesen sei. Die unverblünte Rechtfertigung der Verbindun-gen von Staat, der Graue Wölfe Konterguerilla und Mafia zeigt deutlich wie nie das Demokratie- und (Menschen-)rechtsverständnis des türkischen Staates. Für die Sicherung der 'Nationalen Interessen' ist dem Staat jedes Mittel recht.

Was Menschenrechts- und oppositionellen Organi-sationen in jahrelanger Aufklärungsarbeit nicht gelungen ist, wird durch diesen Unfall und seine Folgen schlagartig klar.

Die Türkei wird von einer staatlich organisierten Konterguerilla-Mafia beherrscht.



„Der Begriff Konterguerilla taucht seit fast zwanzig Jahren in den Debatten der politischen Opposition auf, ist aber zugleich mit einem geradezu absurd anmutenden Tabu belegt. Vor drei Jahren wandte sich ein ehemaliger Bataillonskommandeur der paramilitärischen Jandarma (JITEM) sogar an die Öffentlichkeit. Dessen „Geständnisse“ sind in einem frei im Handel erhältlichen, unzensurierten Buch nachzulesen. Major Cem Ersever legte ganz freimütig die Strategie der Konterguerilla im türkischen Südosten dar: Die Spezialeinheiten - oftmals Jandarma oder Militärs mit Graue-Wölfe-Hintergrund - überfallen als PKK Militante getarnt Dörfer, um eine Anti-Guerilla-Stimmung zu erzeugen oder um die Loyalität der kurdischen Dorfbewohner zu testen. Willkürliche Exekutionen werden von der Kontra mit Billigung der Sicherheitskräfte und des Gouverneurs des Ausnahmezustandes durchgeführt, oft bedient man sich dabei auch islamischer Gruppierungen oder PKK-Überläufern als Killerkommandos. Zur Methode der Antiterror-Strategie des Militärs gehört nach Ersever's Angaben auch die Rekrutierung von gefangenen PKK-Militanten, die, falls sie nach Folterungen geständig und willig sind, mit einer neuen Identität ausgestattet werden. Sie werden dann entweder auf Militärgelände verborgen oder verbleiben in Überläuferzellen der Gefängnisse, von wo aus sie ihre Aufträge während großzügig bewilligter Hafturlaube erledigen können. Der Major gab auch zu, daß viele der Anti-Terror-Spezialisten mit Drogen- und Waffenschmuggel zu erheblichem Reichtum gelangten und rege bei der Umgehung des Handelsembargos gegen den Irak mitmischen. Cem Ersever wurde im November 1993 ermordet, worauf die frischgebackene Ministerpräsidentin Tansu Ciller von einer Abrechnung sprach.“<sup>1</sup> Nicht nur in türkisch Kurdistan, auch in der Westtürkei herrscht die Konterguerilla immer brutaler und unverblümter. In den letzten Jahren verschwanden mehrere hundert Menschen in Polizeihaft. Die „Morde unbekannter Täter“ haben sprunghaft zugenommen. Bei zahllosen Exekutionen wurden von Sondereinheiten der Polizei viele militante Revolutionäre, aber auch zunehmend völlig unbewaffnete Oppositionelle hingerichtet.

Das Muster ist oft das gleiche: Die Polizei umzingelt das Haus eines sogenannten 'Terroristen' und stürmt bis an die Zähne bewaffnet die entsprechende Wohnung. Alle in der Wohnung befindlichen Personen werden mit Maschinengewehrfeuer durchsiebt, bis sich nichts mehr regt. Danach verlassen die Polizisten das Haus und erklären, die Gemordeten seien während eines Schußwechsels erschossen worden. Für fast alle diese Exekutionen gibt es Augenzeugen, die bestätigen, daß außer den Polizisten niemand geschossen hat. Trotzdem kommt es sehr selten zu einer Anklage gegen die Mitglieder dieser Sondereinheiten. Sollte es doch einmal durchgesetzt werden, daß die Täter vor Gericht sollen, verschwinden in der Regel alle Spuren, die einen kaltblütigen Mord beweisen könnten. Nicht ein einziger Polizist ist bisher bestraft worden. In der Liste der Namen der Angehörigen dieser Spezialeinheiten, die an den Exekutionen beteiligt sind, stehen immer wieder die gleichen Namen. Einige von ihnen verdienen besondere Aufmerksamkeit. Es handelt sich um Ercan Ersoy, Enver Ulu, Oguz Yorulmaz, Mustafa Antinok, Ayhan Carkin und Ömer Kaplan, die Leibwächter des DYP Abgeordneten Sedat Bucak's, die in einem zweiten Mercedes dem Unfallwagen folgten.

Der Verantwortliche für die Professionalisierung dieser Spezialeinheiten ist der ehemalige Polizeichef der Türkei, ehemalige Gouverneur von Erzurum, spätere Justizminister und Innenminister Mehmet Agar, der fünf Tage nach dem Unfall zurücktreten mußte. Der in den USA ausgebildete Konterguerilla-Spezialist sorgte für eine massive Durchsetzung der Spezialeinheiten mit Kräften der Grauen Wölfe. Unter seinem Kommando erschossen Polizisten allein in den Apriltagen des Jahres 1992 zehn Revolutionäre der Devrimci Sol. Auf die Frage eines Journalisten, ob man sie nicht hätte lebend festnehmen können, antwortete Agar: „Seid ihr verrückt, so eine Chance bekommen wir doch nie wieder.“ Die Liste solcher Beispiele ließe sich beliebig erweitern. Mehmet Agar selbst spricht von tausenden geheimen Operationen, die er durchführen ließ.<sup>2</sup> Es ist bezeichnend für einen Staat wie die Türkei, daß Agar jetzt nicht etwa aufgrund seiner zahlreichen Rechtsbrüche der türkischen Gesetze oder gar wegen seiner Grausamkeiten zurücktreten mußte, sondern weil bekannt wurde, daß Agar sich mit dem bei dem Unfall

gestorbenen Mafiachef Catli getroffen hatte. Abgesehen davon, daß Tansu Ciller die Krankheit einer Tochter Agar's als Rücktrittsgrund angab, hätte man nicht erst auf diesen Unfall warten müssen, um Agar's Verbindungen zur Mafia nachweisen zu können. Catli und Agar kennen sich seit Mitte der 80er, als Agar Gouverneur in Erzurum war. Beide sollen damals gemeinsam im Drogenhandel tätig gewesen sein. Der Waffenschein Abdullah Catli's, der in dem Unfallwagen gefunden wurde, trägt Mehmet Agar's Unterschrift. Auch der einzige Überlebende des Unfalls, Sedat Bucak, ist nicht einfach nur DYP Abgeordneter. Gleichzeitig ist er das Oberhaupt des größten kurdischen Clans in türkisch Kurdistan und nach eigenen Angaben Befehlshaber einer Armee von 10.000 Dorfschützern. Die Gelder zur Finanzierung dieser Armee stammen wahrscheinlich aus dem Drogenhandel, sowie aus dem Geheimfonds des türkischen Staatshaushaltes, dessen Verwendung der alleinigen Kontrolle des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin untersteht. Die ehemalige Ministerpräsidentin Tansu Ciller muß sich jetzt vor einem Untersuchungsausschuß verantworten, weil sie einen Tag vor ihrem Rücktritt noch Lira im Wert von etwa 10 Millionen Mark aus diesem Fonds in ihre Wohnung schaffen ließ. Über die Verwendung der Gelder gibt sie an nichts sagen zu können, da sonst Kriege ausbrechen würden.<sup>3</sup> Seit Jahrzehnten wird die Konterguerilla in der Türkei aufgebaut, vergrößert und eingesetzt. Auf die lauter werdenden Forderungen des Volkes nach Gerechtigkeit und Freiheit antwortete der Staat mit immer grausameren Angriffen gegen die Menschen. Seine beste Waffe war dabei immer die Konterguerilla. Für die Finanzierung dieser Waffe reichten die offiziell angegebenen Ausgaben in Milliardenhöhe, die etwa ein Drittel des

## Watch out for neue Moden in der Konterguerilla



Staatshaushaltes umfassen, nicht aus. Neben offiziellen und inoffiziellen Zuwendungen aus dem europäischen und US-amerikanischen Ausland flossen den verschiedenen Regierungsparteien Gelder aus vielen dunklen Quellen zu. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß keine der Parteien ein starkes Interesse an der Aufklärung der Beziehungen zur 'Unterwelt' hat.

Auch jetzt sind die Existenz der Konterguerilla und ihre grausamen Methoden kein Problem für die Herrschenden. Agar, Bucak und selbst Catli werden von verschiedenen Regierenden als Helden gefeiert. Ex-Ministerpräsidentin lobte Agar als ihren engen Freund und Verbündeten im Kampf gegen den 'Terror', der dem Staat wertvolle Dienste geleistet habe.<sup>4</sup> Sedat Bucak forderte, daß Abdullah Catli vom Staat in Schutz genommen wird: „Wenn der Staat Abdullah nicht in Schutz nimmt, dann ist dieser Staat kein Staat.“<sup>5</sup> Und sie betonen, daß die Mafia im Auftrag des Staates eingesetzt wurde. O-Ton Tansu Ciller: „Ich kenne Abdullah Catli nicht, aber ich habe mich informieren lassen, er wurde in der Türkei nie verurteilt. Ich kann nicht wissen, ob er schuldig ist oder nicht, aber alle die jetzt bei Allah sind, werden Allahs Gerechtigkeit erlangen. Alle, die für diese Nation und für den Staat eine Kugel abgeschossen haben, werden mit Respekt in Erinnerung bleiben, sie sind ehrenvoll.“<sup>6</sup> und weiter: „Der Staat nutzt Personen (wie Catli), die verschiedene Verbrechen, darunter auch Morde begangen haben, für seine eigenen Interessen aus“<sup>7</sup>

Ein Problem ist für sie lediglich die öffentliche Empörung über den Dreck, der jetzt zutage trat. Besonders der ehemalige Ministerpräsident und jetzige Oppositionsführer

Mesut Yilmaz versucht sich erschüttert zu geben. Gleichzeitig präsentiert er sich als starker Mann, der im Falle einer Machtübernahme die Situation in den Griff kriegen könne. Der Panzer der Unbesiegbarkeit des Staates hat einen Riß bekommen. Die Herrschenden müssen fürchten, von der Empörung und der Wut des Volkes hinweggeschwemmt zu werden. Deswegen versuchen sie, die Empörung zu kanalisieren, indem sie ihr möglichstes tun, um alle bekannt werdenden Schweinereien als Auseinandersetzungen verschiedener Mafiabanden darzustellen, die einzelne Kontakte zu hohen Amtsinhabern haben. Sie werden versuchen, sich zu retten, indem sie einzelne Köpfe rollen lassen und das System als gereinigt präsentieren. Die Konterguerilla an sich wird ebensowenig angetastet werden, wie die dafür notwendigen extralegalen Beziehungen, schwarzen Gelder und die Anwendung aller dreckigen Methoden der Guerillabekämpfung und der Counter-Insurgensie. Cem Boyner, Vorsitzender der noch nie an der Regierung gewesenen YHD, einer von denen, die versuchen, sich als Alternative zu präsentieren, drückt das so aus: „Diejenigen, die sich von diesem Regime ernähren, können dieses Regime nicht ändern.“<sup>8</sup>

Recht hast du, Cem. Aber keine der an der Regierung beteiligten, im Parlament vertretenen oder sich zwar außerhalb der Parlamente aber innerhalb des Systems bewegend Parteien und Gruppierungen, können dieses System verändern. Die einzige Kraft, die das System fürchten muß, ist die wachsende Wut des Volkes.

Aylin Deniz

1 Junge Welt vom 15. November 1996, Seite 12, Autorin des Artikels: Sahiba Basgöz.

2 Aussage Agars in der Tageszeitung Cumhuriyet vom 18. November 1996

3 Stern Nummer 48/96, Seite 225

4 Kurtulus No. 6 vom 16. 11. 96; Günaydin vom 9. November 1996

5 Fernsehinterview mit Sedat Bucak in HBB am 21. November 1996

6 Radikal, türkische Tageszeitung vom 27.11.96

7 Sabah vom 28.11.1996

8 Kurtulus No. 6 vom 16. 11. 96

# Von wegen Sommerloch!

Marcus Gottsleben wirft einen Blick in den neuesten Hochschulhorrorfilm.

Während der letzten Monate waren die Regierungen und Gesetzgeber in Bonn und Wiesbaden alles andere als untätig: Ende Juni verabschiedete der Bundestag die 18. BAföG-Novelle (nach dem Ende der Regelstudienzeit 'BAföG' nur noch als vollverzinsten Bankkredit; Wegfall der meisten Ausnahmeregelungen (Verlängerung z.B. wg. Krankheit, Auslandsstudium, Gremientätigkeit oder Fachwechsel)), und Bundesbildungsminister Rüttgers konnte triumphieren: "Es ist gelungen, sparen und gestalten zu verbinden. [...] Der Einstieg in die leistungsorientierte Verzinsung der Ausbildungsförderung ist gelungen. Wer länger studiert, wird in Zukunft auf vollverzinsliche Bankdarlehen verwiesen. [...] Damit setzt die Ausbildungsförderung Zeichen für die Beschleunigung der Studienreform", während die SPD sich mal wieder rühmte, das schlimmste verhindert zu haben<sup>1</sup>.

Doch das war erst der Anfang: Im Zuge des sogenannten 'Sparpakets' wurden zunächst die *Anrechnungszeiten bei der Rentenversicherung* für SchülerInnen und StudentInnen von 7 auf 3 Jahre gekürzt (d.h., während man bisher für 7 Schul- und Studienjahre nach dem 16. Lebensjahr Rente bekam, ohne in die Rentenversicherung einbezahlt zu haben, sind es jetzt nur noch 3 Jahre - also gerade genug für die Oberstufe). Kurz darauf tat man so, als würde man jetzt erst bemerken, daß dadurch für die jetzigen Studis später die Rente knapp wird, und führte die *Rentenversicherungspflicht* für alle Studierenden ein, die mehr als 590 DM monatlich verdienen. Außerdem wurde - neben vielem anderen - die gesetzlich garantierte *Lohnfortzahlung* für kranke ArbeitnehmerInnen auf 80% gekürzt - studierende ArbeitnehmerInnen natürlich nicht ausgenommen.

Unterdessen forderte der Bundesbildungs- und -wissenschaftsminister Rüttgers "mehr Wettbewerb und Leistung an den Universitäten" und ließ seine Beamten an Plänen für eine *Novelle des Hochschulrahmengesetzes* stricken. Darin sollen u.a. der Hochschulzugang, die Studien- und Hochschulfinanzierung, die Art der Abschlüsse und das Dienstrecht für ProfessorInnen geändert werden. (Stichpunkte aus dem Papier mit dem schönen Titel „Hochschulen für das 21. Jahrhundert“ sind in diesem Heft abgedruckt.) In Wiesbaden überlegte man derweil, wie man die Auswirkungen der Bonner Finanzpolitik (die Bundesregierung streicht am liebsten solche Steuern,

die den Ländern zugute kommen - warum wohl...) auf die abwälzen könnte, die sich am wenigsten wehren - z.B. die StudentInnen, für die immer noch 'Semesterferien' waren (daß wir aber auch nie was schaffen können: 5 Monate Urlaub im Jahr!).

So wurde in der Koalition festgelegt, daß im Hochschulbereich im kommenden Jahr 24 Millionen eingespart werden sollte; Finanzminister Starzacher empfahl der Wissenschaftsministerin Hohmann-Dennhardt, zu diesem Zweck *Studiengebühren* für 'Langzeitstudierende' zu erheben.<sup>2</sup>

Das war der Wissenschaftsministerin denn doch zu heikel, und so beschloß sie, den Studierenden etwas leiser in die Tasche zu greifen: Der *Landeszuschuß für das Mensaessen* (2 DM pro Essen; letztes Jahr waren es noch 2,20 DM) sollte ersatzlos gestrichen werden. Das hätte schon mal 15 Mio. eingebracht; der Rest sollte durch *Streichungen* des Programms zur Verbesserung der Lehre, der hessischen Forschungsschwerpunkte und Kürzungen der laufenden Mittel für die Hochschulen (ATG 71) zusammenkommen. Für die Studierenden hätte die Streichung des Essenszuschusses entweder eine Preiserhöhung um 2 Mark pro Essen (für mehr oder weniger regelmäßige MensagängerInnen also 100 bis 250 DM pro Semester) oder aber eine Beitragserhöhung um 60 bis über 100 DM pro Semester (je nachdem, wie viele Studierende der jeweiligen Hochschule die Mensa nutzen) gebracht. Ersteres wäre so ziemlich das Aus für die Mensen gewesen, da man für 6-7 DM auch anderswo ein Mittagessen bekommt; die Angestellten zitterten also nicht zu Unrecht um ihre Arbeitsplätze. Der zweite Fall hätte sich de facto nicht von einer 'Verwaltungsgebühr' nach Berliner Vorbild unterschieden: Während die Berliner Studis 30 DM für das Studentenwerk plus 100 DM 'Verwaltungsgebühr' zahlen, wären es hier eben 130 DM für das Studentenwerk gewesen; das Geld fließt hier wie dort in den Staatssäckel.

Dieser Plan konnte allerdings doch nicht so glatt umgesetzt werden: Kurz nach seinem Bekanntwerden wurde auf dem Landesparteitag der SPD ein Antrag der Juso-Gruppen angenommen, nach dem die Mensazuschüsse erhalten bleiben und die Studierenden auch nicht auf andere Weise belastet werden sollten.<sup>3</sup> Auch die Landesmitgliederversammlung der Grünen beschloß einen ähnlichen Antrag. Am 6. November demonstrier-

ten dann etwa 5000 Studierende und Studentenwerksangestellte in Wiesbaden gegen die vorgesehenen Kürzungen und andere Maßnahmen des Sozialabbaus.

Nach Auskunft der Wissenschaftsministerin ist die Kürzung der Mensazuschüsse inzwischen vom Tisch, und auch Studiengebühren oder eine Kürzung der laufenden Hochschulmittel soll es nicht geben. Woher das Geld allerdings kommen soll, wollte sie bis zum Redaktionsschluß nicht verraten; das müsse in Koalition und Kabinett noch ausgehandelt werden. Außerdem ist das Wissenschaftsministerium nach wie vor entschlossen, die hessischen Hochschulgesetze noch in dieser Legislaturperiode (also bis Anfang 99) zu novellieren. Nach den vier Diskussionsveranstaltungen des Ministeriums, in denen der Bericht der Hochschulstrukturkommission ausgewertet wurde, aber auch viele Hochschulmitglieder

eigene Vorstellungen einbrachten<sup>4</sup>, stellte die Ministerin nun in einer Pressekonferenz am 11. September ein Eckpunktepapier zur Hochschulreform (auch in diesem Heft zu finden) vor, auf dessen Grundlage noch in diesem Jahr ein erster Entwurf für konkrete Gesetzesänderungen erarbeitet werden soll.

VertreterInnen der Studierenden waren zu dieser Präsentation nicht eingeladen, und es war natürlich auch reiner Zufall, daß der Termin in der vorlesungsfreien Zeit lag. Die Landes-ASten-Konferenz sieht durch dieses Vorgehen sogar die geringen Mitwirkungsrechte verletzt, die das hessische Hochschulgesetz den Studierenden garantiert, und erwägt - ebenso wie der Konvent der Uni Marburg - eine Klage gegen die Landesregierung.

Marcus Gottsleben

---

## Pressekonferenz des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Hochschulreform vom 11. September 1996

### Elemente der Hochschulreform

1. Maßnahmen mit dem Ziel einer besseren Strukturierung und Entschlackung der Studiengänge sollen den Hochschulen und Fachbereichen überantwortet werden. Vorgaben dafür sollen sein:

- a) die von der Rektorenkonferenz und KMK beschlossenen Rahmenordnungen, so vorhanden,
- b) eigene Rahmenordnungen der Hochschulen nach Vorgaben und mit Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums, die in eigener Verantwortung fachlich ausgestaltet werden,
- c) oder das bisherige Genehmigungsverfahren, sofern und soweit b) nicht genutzt wird.

2. Professoren, Dozenten und im Bedarfsfall wissenschaftliche Assistenten übernehmen für feste Gruppen von Studierenden die Funktion von Mentoren. Die Beratung und Betreuung ist besonders intensiv in der Studieneingangsphase, sie kann sich später auf ein Semestergespräch beschränken. In der Einführungsphase stellen darüberhinaus Langzeitstudierende eine besondere Zielgruppe dar.

3. In allen Studiengängen wird der Abschluß des Grundstudiums durch ein entsprechendes Zertifikat dokumentiert.

4. In allen Studiengängen ist der Nachweis von Grundkenntnissen in englischer Sprache und EDV zu erbringen.

5. Die Hochschulen sollen auf das veränderte Studier-

verhalten durch die Ermöglichung von Teilzeitstudiengängen reagieren. Die Fachbereiche sollen darauf verpflichtet werden, die Bedingungen für berufsbegleitendes Studieren zu verbessern. Das hat Konsequenzen für das Immatrikulationsrecht, die Festlegung von Regelstudienzeiten und die Studierenden-Statistik. Dies erfordert längere Öffnungszeiten etwa von Bibliotheken, Labors und Rechenzentren sowie die verstärkte Verfügbarkeit von Lehr/Lernsoftware im Netz.

6. Die Lehrevaluation von Studiengängen wird verpflichtend eingeführt. Erweiterte Haushaltsautonomie geht einher mit der Einführung eines Berichtswesens und einer leistungsbezogenen parametergestützten Mittelbemessung.

### Professoren und Nachwuchsförderung

1. Die C2-Professuren sollen in Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs umgewandelt werden.

2. Die befristete Beschäftigung des akademischen Mittelbaus soll als Regelfall festgelegt werden.

3. Die Förderung des (Universitäts-) Professornachwuchses erfolgt durch eine gesetzlich abgesicherte Strukturierung der Post-Doc-Phase, für die eine gemeinsame zentrale Kommission verfahrensleitendes Gremium ist. Daneben bleibt weiterhin die Habilitation möglich. Die Strukturierung umfaßt die Vorlage eines Arbeitsprogramms durch die Post-Docs und ihre Beratung durch Fachkommissionen. Zunehmend selbst-

ständige Forschung mit regelmäßigen Publikationen, Lehrtätigkeit und hochschuldidaktischer Qualifizierung werden evaluiert, die positive Bewertung ist Voraussetzung für die befristete Weiterbeschäftigung (auf C1/C2-Positionen).

4. Die Befähigung zur Lehre soll bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Einstellung von Professoren einen höheren Stellenwert erhalten.

5. Hessen startet eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer leistungsorientierten Professorenbesoldung und neuer ggfs. zeitlich gestaffelter Anstellungsverhältnisse.

6. Zusagen über die Ausstattung sollen künftig befristet erfolgen.

7. Professoren sollen verpflichtet werden können, Lehrverpflichtungen an mehreren Hochschulen wahrzunehmen.

### Zentrale Leitungsgremien der Universitäten

Bei grundsätzlicher Beibehaltung der Gruppenuniversität, die sich nach überwiegender Einschätzung bewährt hat, soll die Zahl und die Größe der Gremien reduziert werden.

1. Für die Strukturierung der Entscheidungsorgane und -abläufe wird eine Experimentierklausel verbunden mit Mindeststandards geschaffen, die die Hochschulen in die Lage versetzt, sich an der Ausgestaltung leistungsfähiger

Entscheidungsstrukturen zu beteiligen. Dies betrifft z.B. den Typ der Hochschulleitung und des Dekanats sowie das Verhältnis der zentralen Gremien zueinander.

2. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Mittelbaus und der Studierenden sollen auch in den zentralen Gremien der Hochschulen gestärkt werden.

3. Die Zahl der Ständigen Ausschüsse wird reduziert. Für Angelegenheiten von Studium und Lehre wird die Stellung der Studierenden gestärkt, für Angelegenheiten des wissenschaftlichen Nachwuchses die Stellung des Mittelbaus.

### Zusammenwirken der Hochschulen

1. Die wissenschaftliche Weiterqualifikation von Fachhochschulabsolventen kann mit einer Promotion in einem kooperativen Verfahren an einer Universität (Zweitgutachter = FH-Professor) abgeschlossen werden. Die Universitäten erhalten die gesetzliche Auflage, das FH-Diplom als Vordiplom anzuerkennen und darüber hinaus für das Universitätsdiplom nur Leistungsnachweise in dem Umfang zu verlangen, der in 2 Semestern zu absolvieren ist.

2. Neben dem berufsbegleitendem Studium soll an Fachhochschulen das "Duale System" (Kooperation Hochschule/Betrieb) ausdrücklich verankert werden.

---

## So stellt sich der Bonner Zukunftsminister Jürgen Rückwärts "Hochschulen für das 21. Jahrhundert" vor

*Stichwortartige Zusammenfassung des gleichnamigen Diskussionspapiers von Ende August<sup>5</sup>*

### **Grundannahmen**

Rohstoff Information als Produktionsfaktor, Hochschulen als Standortfaktor. Nur noch Mindeststandard soll garantiert werden; Rest regeln Markt und Wettbewerb.

### **Ziele**

- Die bestehenden Hochschulen reichen für die ca. 2 Mio. Studierenden, müssen aber "auf die zügige Vermittlung berufsqualifizierender Abschlüsse eingestellt und für diesen ersten Zweck auch neu ausbalanciert werden."

- Amerikanische Abschlüsse Bachelor, Master, PhD einführen; Diplom etc. als Auslaufmodell.

- LehrerInnenausbildung in wesentlichen Teilen an die FHs verlagern und umstrukturieren.

- "duale Studiengänge durch Lernortkombination von Betrieb und Hochschule"

- HS-Zugang nicht mehr durch Abitur garantiert, sondern Auswahl durch die Hochschule (soweit verfassungsrechtlich möglich): In ZVS-Fächern soll ein Teil der Studienplätze für die "leistungsstärksten" BewerberInnen reserviert werden.

- Kürzere Studienzeiten durch mehr "Führung, Betreuung und Leistungshinweise"; klare und verbindliche Gliederung der Studiengänge:

- Eine Studenten-Chipkarte ist zugleich Studenausweis, Studienbuch, An- und Abmelderegistratur, Parkausweis und Mensa-Karte.

- Frage nach Studiengebühren ist "zulässig", aber Studiengebühren während des Studiums erscheinen "nicht sinnvoll".

- BAföG als "soziale Basis-Ausbildungsförderung" plus Stipendien als "besonderer Anreiz für ein hohes Qualitätsniveau". Dazu nötig: "tatsächliche, notwendigerweise studienbegleitende Leistungsfeststellung."

- Berufungen: "hochschulpädagogische Eignung" stärker berücksichtigen; auf Habilitation verzichten.

- Lehr`professorInnen` ohne eigene Forschungsaufgaben, aber mit der Pflicht zur ständigen Rezeption der aktuellen Forschung ihres Fachgebietes.

- Vorlesungen von CD-ROM oder via Internet.

### Umsetzungsinstrumente

- Novelle des HRG, aufbauend auf Eckwertepapier (1993) etc.

- "Anpassungen sollten im Detail nicht staatlich verordnet werden, sondern sich im Wettbewerb aller Hochschulen entwickeln"

- Studienzeitverkürzung sollen die Hochschulen erledigen; dazu "sollen zukünftig die Zahl der Studierenden und der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit entscheidende Kriterien bei der Verteilung der staat-

lichen Mittel für die Lehre auf die Hochschulen sein." Weitere Kriterien (Forschung): Umfang der eingeworbenen Drittmittel; Patentanmeldungen; bewertete Publikationen; wissenschaftliche Preise

- "Forschungsvergütung für Professoren, die private Drittmittel einwerben und entsprechende Forschungsvorhaben durchführen"

- "Entscheidungsfähiges Hochschulmanagement" entsprechend den "betriebswirtschaftlichen Anforderungen, die heute an die effiziente Führung eines Dienstleistungsbetriebs dieser Größenordnung zu stellen sind".

- Evaluation (interne und externe) als Teil von "Qualitätssicherung und Leistungsoptimierung".

- Personalhoheit von Ländern auf Hochschulen verlagern (auch bei Berufungen).

- Förderung privater Hochschulen, um neue Modelle in Forschung, Lehre, Organisation und Finanzierung einzuführen; Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Hochschulen.

# GET YOUR GUNS.

### Fußnoten

<sup>1</sup>Vergleiche hierzu den Artikel "Studiengebühren statt BAföG?!", in diesem Heft und im WWW unter [www.mathematik.th-darmstadt.de/~fachschaft/Mathe-Info/96juli/bafog.html](http://www.mathematik.th-darmstadt.de/~fachschaft/Mathe-Info/96juli/bafog.html)

<sup>2</sup>In Berlin gibt es seit diesem Semester eine 'Einschreibengebühr' von 100 DM. Während Wissenschaftssenator Radunski eine Erhöhung auf 1000 DM fordert, haben etliche tausend Studierende die Zahlung der 100 DM boykottiert und/oder gegen ihre Erhebung geklagt. Leider hat der Berliner Senat vor dem Verwaltungsgericht Recht bekommen, und die Hochschulen haben begonnen, die BoykotteurInnen zu exmatrikulieren. In Baden-Württemberg werden ab kommendem Sommersemester Strafgebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als 4 Semester eingeführt; eine Verwaltungsgebühr wie in Berlin soll nach dem Willen der Landesregierung noch dazukommen.

<sup>3</sup>SPD-Fraktionschef Clauss bedauerte diesen Beschluß in einem Zeitungsinterview. Besonders ärgerlich ist für ihn, daß der Beschluß nicht nur die Streichung des Mensazuschusses, sondern auch die Einführung von Studiengebühren verhindert.

<sup>4</sup>auch hier sei wieder auf einen Artikel im Mathe-Info vom Juli 96 verwiesen: *Hochschulstrukturkommission und (k)ein Ende*, (<http://www.mathematik.th-darmstadt.de/~fachschaft/Mathe-Info/96juli/hsk-ende.html>).

<sup>5</sup>Im August kursierten wohl mehrere Fassungen dieses Papiers im Ministerium; eine Version, in der unter anderem Studiengebühren gefordert werden, gelangte nach draußen, und am 29.8. berichtete dpa darüber. Der Minister dementierte sofort heftig, daß er für Studiengebühren sei, und die beiden Verantwortlichen für die 'undichte Stelle' wurden zwangsversetzt. Kurz darauf wurde eine überarbeitete Version des Papiers bekannt, die dem Vernehmen nach vom Minister autorisiert und mehr oder weniger für die „Öffentlichkeit bestimmt ist. Dieses Papier kann in voller Länge (28 S.) im AstA eingesehen oder kopiert werden und ist auch im WWW unter <http://www.th-darmstadt.de/fsmathe/hopo/BMBF.HRG-Novelle.html> abrufbar.



## Studiengebühren

## statt BAföG?!

Seit einigen Jahren überbieten sich Bildungs- und Ausbildungs-politikerInnen, HochschulrektorInnen, MinisterInnen und BürokratInnen in Reformvorschlägen, deren gemeinsamer Nenner - mal mehr, mal weniger nett verpackt - lautet: Weniger Geld und mehr Leistungsdruck.

Die Einführung von Studiengebühren wurde dabei immer wieder gefordert, nach Protesten eilig zurückgezogen (das sei ja nur so eine Idee gewesen und keineswegs so gemeint; man werde doch wohl nochmal nachdenken dürfen...) und lag meist kurz danach bald wieder auf dem Tisch.

Vor einem Jahr wurde in der HochschulrektorInnenkonferenz (HRK) ein Papier „zur Finanzierung der Hochschulen“, diskutiert, in dem u.a. verschiedene Modelle der Einführung von Studiengebühren mit ihren Vor- und Nachteilen 'vorurteilslos' und 'ideologiefrei' erörtert wurden und ihre Einführung für den Fall vorgesehen wurde, daß andere Geldquellen (Staat, Drittmittel) nicht ausreichen. Auch innerhalb der HRK ist eine solche Position nicht ohne weiteres mehrheitsfähig (hier mögen studentische Proteste ebenso ihren Anteil gehabt haben wie Senats- oder

Konventsbeschlüsse an etlichen Hochschulen); so wurde die Verabschiedung des Finanzierungspapiers mehrfach verschoben. Trotzdem hat das Papier seine Aufgabe im Sinne der Studiengebühren-BefürworterInnen wohl ganz gut erfüllt: das Thema immer wieder in die Diskussion zu bringen und Studiengebühren allmählich hoffähig zu machen.

### Testfeld Berlin

Inzwischen haben die FinanzministerInnen den Ball angenommen, den ihnen die HochschulrektorInnen zugespielt haben - nachdem sie ihn selbst vor drei Jahren ins Rollen gebracht hatten. Freilich stellen sie sich das Ganze so vor, daß die Studiengebühren nicht den Hochschulen, sondern den Staatshaushalten zugute kommen.

Ende März wurde in Berlin ein "Haushaltsstrukturgesetz" beschlossen, das - zwischen vielen anderen Einschnitten - nebenbei auch das Berliner Hochschulgesetz änderte: Ab dem kommenden Wintersemester sollen dort die Studierenden bei Immatrikulation bzw. Rückmeldung jeweils 100 DM pro Semester zahlen; der Berliner Senat darf diese Gebühr "der Preis- und Kostenentwicklung anpassen".

Wissenschaftssenator Radunski verkündet bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, daß er den Betrag möglichst rasch auf 1000 DM erhöhen will.

In den letzten Wochen wurden in Berlin die Rückmeldeunterlagen verschickt, und etliche Studis staunten nicht schlecht, als dort tatsächlich ein um 100 Mark höherer Betrag aufgedruckt war. Verständlicherweise hatten die Wenigsten Lust zu zahlen, und da in Berlin der Protest gegen die Spar- bzw. Umverteilungspolitik des Senats in letzter Zeit an der Tagesordnung ist, konnte recht bald ein umfangreicher Boykott organisiert werden: Etwa ein Drittel der Studierenden haben angekündigt, die Gebühr nicht zu zahlen bzw. haben schon die Rückmeldebeiträge ohne Gebühr an ihre Hochschule überwiesen. Rückendeckung erhält der Boykott durch ein Rechtsgutachten, das die GEW in Auftrag gegeben hatte: Es kommt zu dem Schluß, daß die Gebühr illegal sei, da sie weit über den tatsächlichen Verwaltungsaufwand für Einschreibung/Rückmeldung (ca. 20 DM) hinausgeht. Damit sei sie aber keine Verwaltungsgebühr, sondern eine Studiengebühr - und die dürfe nicht erhoben werden, zumal das Berliner Abgeordnetenhaus so

dreist war, mit seinem 'Haushaltsstrukturgesetz' auch noch den schönen Satz "Studiengebühren werden nicht erhoben" in das Hochschulgesetz zu schreiben.

### Niedersachsen

Bei der Landesregierung in Hannover war man sehr erfreut über den Berliner Vorstoß und kündigte an, daß man den niedersächsischen Haushalt auf die gleiche Weise sanieren wolle. In den letzten Wochen war davon nicht all zu viel zu hören. Allerdings scheint die Regierung nicht von dem Vorhaben als solchem Abstand genommen zu haben, sondern will wohl aus der Berliner Erfahrung lernen: Unlängst wurde bekannt, daß das Ministerium die Hochschulverwaltungen aufgefordert hat, den Verwaltungsaufwand für Immatrikulation und Rückmeldung möglichst genau zu beziffern.

### Baden-Württemberg

Hier hatten CDU und FDP nach der Landtagswahl in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, daß Studiengebühren in Form von Bildungsgutscheinen eingeführt werden sollen. Dabei soll jeder StudentIn ein Heft mit Gutscheinen bekommen, von denen jedes Semester einer einzulösen ist. Die Gutscheine sollen für die Regelstudienzeit plus ein paar 'Toleranzsemester' reichen; danach muß man sie für 1000 DM nachkaufen, um weiterstudieren zu können. Inzwischen ist die baden-württembergische Landesregierung im Amt, und man kann gespannt sein, wann sie mit der Umsetzung dieses Planes beginnt (mein Tip: in den Semesterferien).

### Hessen

In Wiesbaden dementiert man nach Kräften, jemals an so etwas wie Studiengebühren gedacht zu haben. Die Wissenschaftsministerin erklärt, mit ihrer Äußerung, sie sei gegen allgemeine Studiengebühren,

habe sie sich keineswegs ein Hintertürchen für spezielle Studiengebühren (etwa für 'Langzeitstudierende') offenhalten wollen, und Staatssekretär Praml versichert, Studiengebühren seien weder für dieses noch für nächstes Jahr im Haushalt eingeplant - angesichts der verlässlichen Haushaltsplanung in Hessen eine sehr beruhigende Perspektive.

### Bafög

Eigentlich sind sich alle einig, daß es mit dem BAföG, wie es im Moment ist, nicht weitergehen kann. Während es aber die einen für einen Skandal halten, daß immer weniger Studierende immer weniger BAföG bekommen, sehen die anderen das Problem darin, daß das ganze BAföG zu viel Geld koste und wollen den 'Mißbrauch' durch nicht 'wirklich Bedürftige' einschränken.

### Körbeweise Modelle

Seit vor etwa einem Jahr Bundeszukunftminister Rüttgers vorschlug, den Darlehensanteil<sup>1</sup> beim BAföG mit marktüblichen 8,5% zu verzinsen, legen alle möglichen Parteien und Organisationen um die Wette Reformmodelle vor, die am besten beides beheben sollen: mehr Geld für mehr Studierende und das bei geringeren Kosten für den Staat. Bemerkenswert an diesen Modellen ist, daß sie fast alle eine gewisse Affinität zu der einen oder anderen Art von Studiengebühren haben:

Rüttgers begründete seine **Verzinsungsidee** damit, daß dadurch 1,6 Milliarden freigesetzt würden, die vor allem für den Hochschulbau und die Hochschulsonderprogramme eingesetzt werden sollten. Hier sollen also Studierende - in diesem Falle die BAföG-EmpfängerInnen - finanziell belastet werden, um Gebäude und Personal für die Hochschulen zu finanzieren.

Das Grüne Modell eines **Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF)**<sup>2</sup> sieht bestimmten Modellen eines Hochschulfinanzierungsfonds oder einer AkademikerInnensteuer, wie sie etwa von marktradikalen Kreisen in der HRK propagiert werden und in Australien schon existieren, zum Verwechseln ähnlich. Mit einigen 'Korrekturen' an den Parametern der Rückzahlung ließe sich ein zu bezuschussender Fonds in einen umwandeln, der noch Geld abwirft. Jedenfalls wäre mit so einem Modell festgelegt, daß die Studierenden wenn auch nicht individuell, so doch alle zusammen, selbst für die Finanzierung ihres Studiums aufzukommen haben; warum sollten sie das dann nicht durch für die Finanzierung der Hochschulen tun?

- Das **Drei-Körbe-Modell**, das die Kultus- und WissenschaftsministerInnen (mehrheitlich SPD) im Mai vorlegten, sah eine erste Phase (3 Jahre) vor, in der ein Zuschuß von 1000 DM gezahlt werden sollte; in einer zweiten Phase (2 Jahre) sollte es eine Förderung nach dem Muster des bisherigen BAföG geben (je zur Hälfte Zuschuß und zinsfreies Darlehen), danach nur noch ein verzinste Darlehen à la Rüttgers. Bemerkenswert hieran ist vor allem, daß mit diesem Modell ein massiver Druck in Richtung auf kürzere Studienzeiten ausgeübt werden sollte: Während die ersten Semester 'umsonst' sein sollten und die mittleren relativ billig, wären die letzten Semester (ab dem 10.) die teuersten geworden. Es war übrigens auch im Gespräch, im Zuge der BAföG-Reform von allen Studierenden alle zwei Semester einen verbindlichen Leistungsnachweis zu fordern - mit dem Argument, es stünde ja auch allen die erste Stufe des neuen BAföG zur Verfügung.

## Der faule Kompromiß: BAföG statt Studiengebühren

Ende Mai hatten die FinanzministerInnen der Länder Vorschläge für ein Sparpaket erarbeitet, in dem nicht nur Studiengebühren vorgeschlagen waren, sondern auch alle (un)möglichen anderen "Grausamkeiten" von einer Kürzung des Arbeitslosengeldes bis zur Streichung der Freifahrt für Behinderte im ÖPNV. Innerhalb der Landesregierungen war das jedoch so (noch?) nicht durchsetzbar; so beschloß man, nur einige der Empfehlungen der FinanzministerInnen umzusetzen und dem Bund in Sachen BAföG noch ein Stück weiter entgegenzukommen (sprich: im Prinzip auf Rüttgers' Angebot einzugehen, das beim BAföG gesparte Geld via Hochschulbau- und -personalprogramme letztlich den Ländern zugute kommen zu lassen).

Der Kompromiß, auf den sich Bund und Länder in Sachen BAföG Mitte Juni geeinigt haben und der am 27. Juni spätabends im Bundestag verabschiedet wurde, sieht nun folgendermaßen aus: Die Förderungshöchstdauer wird auf die Regelstudienzeit abgesenkt (z.B. für Mathematik also 9 Semester). Innerhalb dieser Zeit bleibt das BAföG im Prinzip wie es war - mit Leistungsnachweisen, zu knappen Förderbeträgen und Freibeträgen, die viele vom BAföG ausschließen, die es dringend bräuchten. Nach dieser Zeit - in der wohl kaum jemand mit dem Studium fertig wird - gibt es nur noch ein vollverzinstes Darlehen. Ein Fachrichtungswechsel wird für BAföG-BezieherInnen noch schwerer als bisher gemacht, und Gremientätigkeit u.ä. gelten nicht mehr als legitimer Grund für ein längeres Studium. Den Begriff der Studienabschlußförderung (für Leute, die gerade in der Prüfungsphase auf BAföG angewiesen sind)

gibt es zwar noch; dahinter verbirgt sich aber auch nur der freundliche Hinweis auf einen verzinnten Kredit. Während sich die SPD rühmt, mit diesem Kompromiß die Verzinsung des BAföG innerhalb der Regelstudienzeit verhindert zu haben (und verschweigt, daß dafür die danach gezahlten Beträge nicht mehr 'nur' halb, sondern voll verzinst werden), triumphiert Rüttgers<sup>3</sup>: „Es ist gelungen, sparen und gestalten zu verbinden. Wir haben zusammengehalten, was zusammen gehört: Reform bei der Ausbildungsförderung und beim Hochschulbau, Finanzierung des Hochschulsonderprogramms III. Der Einstieg in die leistungsorientierte Verzinsung der Ausbildungsförderung ist gelungen. Wer länger studiert, wird in Zukunft auf vollverzinsliche Bankdarlehen verwiesen. Für soziale Härtefälle werden Ausnahmeregelungen vorgesehen. Gleichzeitig werden die Förderungshöchstdauern beim BAföG künftig an der Regelstudienzeit orientiert. Das bedeutet spürbare Reduzierung in vielen Fächern: z.B. Chemie von 12 auf 9 Semester, Mathematik von 10 auf 9 Semester, Architektur von 10 auf 9 Semester. Damit setzt die Ausbildungsförderung Zeichen für die Beschleunigung der Studienreform. Heute ist die Einhaltung der Regelstudienzeit die Ausnahme. Das muß sich ändern. Die Länder und die Hochschulen sind jetzt am Zug. Sie müssen die Voraussetzungen für den Abschluß eines Studiums innerhalb der Regelstudienzeit schaffen.“

Das Schlimme ist, daß die SPD (-Länderregierungen) diesem Ziel - eine Verkürzung der Studienzeiten über die Modalitäten des BAföG zu erzwingen - nicht nur nicht widerspricht; sie hat es ja selbst vorgeschlagen. So wird das BAföG - das 1971 eingeführt wurde, um Chancengleichheit zu ermöglichen - von einem Förderungs- zu einem

Disziplinierungsinstrument umfunktioniert - die Zielsetzung ist also die gleiche wie bei den Bildungsgutscheinen und anderen Formen von Studiengebühren. Die finanzielle Belastung der BAföG-EmpfängerInnen ist pro Semester jenseits der Regelstudienzeit sogar noch höher als die berücksichtigten 1000 DM: 6000 DM BAföG-Kredit pro Semester verzinsen sich bei 8,5% um etwa 500 DM jährlich; bei zehn Jahren bis zur endgültigen Rückzahlung sind das 5000 DM Zinslast für ein Semester! Die 'soziale Komponente' besteht darin, diese Zinsen nur denjenigen Studierenden aufzubürden, die eine BAföG-Förderung nötig haben; durch die Kopplung an die Regelstudienzeit wird mehr oder weniger deutlich signalisiert, daß sie selbst daran schuld seien: sie hätten ja schneller studieren können...

Marcus Gottsleben

## Fußnoten:

<sup>1</sup> Das jetzige BAföG wird zur Hälfte als unverzinstes Darlehen gezahlt.

<sup>2</sup> So eine Art umgekehrte Rentenkasse: Studierende können Geld aus dem Fonds bekommen, verpflichten sich damit aber, später einen bestimmten Prozentsatz in den Fonds einzuzahlen.

<sup>3</sup> Im 'Diskussionsforum' des BMBF im WWW; URL: <http://rigel.dfn.de/diskussion/bafog.html>

# Versteppung in Darmstadt?

Auf der Sitzung am 23.07.96 hat der AStA beschlossen den Bund Ortsverband Darmstadt bei seiner Klage gegen die Genehmigung der Grundwasserentnahme durch die Firmen Röhm und Merck zu unterstützen. Der AStA ist der Meinung, daß dieser Klage eine herausragende Bedeutung zukommt, da von ihrem Ausgang das Überleben des Darmstädter Westwaldes abhängt. Dieses ca. 1000 ha große Waldgebiet ist durch die von der Wasserentnahme verursachte Grundwasserabsenkung akut vom Aussterben bedroht. Der Westwald hat eine wichtige Funktion für die Regulierung des Lokalklimas, somit also für die Lebensqualität in Darmstadt. Aufgrund der Wichtigkeit dieses Anliegen und den Schwierigkeiten der Finanzierung anderweitig zu sichern gewährte der AStA auf Antrag von Brigitte Martin einen einmaligen Zuschuß zu den Klagekosten in Höhe von dreitausend Mark. Das folgende Interview führen die Ökoreferenten des AStA Gunter Kramp und Gerald Neubauer mit Brigitte Martin und Gabriele Lewin vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Hessen e.V.

*AStA: „Nach Raubbau nur noch Steppe - Westwald leidet unter der Wasserförderung von Röhm und Merck“ überschrieb das Darmstädter Echo am 4.3.95 einen Bericht über die gravierenden Schäden am Naturhaushalt des Westwaldes. Wie konnte es zu diesen Waldzustand kommen?*

**BUND:** Die Firmen Merck und Röhm fördern aus dem Westwald, den Waldflächen zwischen Darmstadt, Griesheim und Weiterstadt nördlich der B 26, seit mehr als 25 Jahren mit behördlicher Genehmigung Grundwasser - durchschnittlich sieben Millionen Kubikmeter jährlich. Zum Vergleich: der Wasserverbrauch Darmstadts ohne diese beiden Firmen liegt bei rund zwölf Millionen Kubikmetern jährlich. Erst in den letzten drei Jahren wurden auf Grund ökonomischer Überlegungen - Stichwort Grundwasserabgabe - von Merck und Röhm Einsparungen vorgenommen.

Bis in die sechziger Jahre lag der Grundwasserstand in einigen Bereichen des Westwalds bei ungefähr 1,30 Meter, seit einiger Zeit ist er aber auf bis zu neun bis dreizehn Meter unter Flur abgefallen. Damit ist das Wasser für die Bäume nicht mehr wurzelverfügbar. Hinzu kamen Rodungen für die Bebauung von Straßenterassen sowie Trockenjahre. Die geschwächten, verdurstenden Bäume hatten Kalamitäten nichts entgegengesetzt.

*Warum setzt sich der BUND so vehement für die Erhaltung eines Waldgebietes an dieser Stelle ein?*

Die Waldgebiete im Darmstädter Westen sind für den Boden-, Klima- und Gewässerschutz unersetzbar. Die in diesem Raum vorherrschenden Sandböden sind durch Windabtrag besonders gefährdet.

Ersatzaufforstungen an anderen Standorten würden keinen hinreichenden Ausgleich erwirken, da sie die erwähnten Schutzfunktionen für die Wohngebiete im Darmstädter Westen nicht übernehmen könnten. Zudem stünden ausreichend große Ausgleichsflächen im Einzugsgebiet nicht zur Verfügung, da die Wasserentnahmen der Firmen Merck und Röhm Bereiche mit ca. 1.000 ha Wald betreffen.

*Aber das müssen die Behörden doch auch erkannt haben?*

Klar, schon 1985 wurde in der wasserwirtschaftlich-ökologischen Gesamtplanung, Hessisches Ried festgehalten, daß neue Erlaubnisse nur nach Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen sollen. Gehandelt haben aber die Behörden nicht danach.

Nachdem die Förderungsrechte für Merck 1986 ausliefen, wurden Verlängerungen erteilt. 1989 wurde der Neuantrag als Bekanntmachung veröffentlicht. Der BUND, beteiligte sich daraufhin als einziger Natur-

und Umweltschutzverband mit Einwendungen an diesem Verfahren. Das Regierungspräsidium (RP) erteilte dann am 29. Dezember 1994 die Genehmigung zur Wasserentnahme, einen Tag nach der Verkündung des novellierten Hessischen Naturschutzgesetzes, das u.a. eine Verbesserung, bei der Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände, so wie es der BUND ist, vorsieht und auch eindeutiger regelt, daß der Schadensverursacher für entstandene Schäden und Eingriffe um den Naturhaushalt aufzukommen hat. Erreicht wurde u.a., daß die Gesamtwassermenge von beantragten 6,6 auf insgesamt 5 Millionen Kubikmeter jährlich gesenkt wurde, wobei davon 3 Millionen als Bewilligung bis zum Jahr 2010 und 2 Millionen als Erlaubnis bis zum Jahr 2005 genehmigt wurden.

*Warum dann noch der Widerspruch des BUND gegen den Bescheid?*

Alle Auflagen im Bescheid hätten vor der Genehmigung der Wasserentnahmen geprüft werden müssen. Zeit genug wäre ja dazu gewesen. Die erteilte Genehmigung steht nach Erachtens des BUND im Widerspruch zu Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes, des Hessischen Wassergesetzes, des Hessischen Naturschutzgesetzes und zu Äußerungen der Hessischen Landesregierung, die noch kurze Zeit vorher in einer Arbeitsgruppe zum

Grundwasserbewirtschaftungsplan Hessisches Ried - in der auch der BUND vertreten ist - erklärte, daß vor Verabschiedung des Pilot-Gesamtplanes keinerlei längerfristigen Bewilligungen und Erlaubnisse mehr genehmigt werden würden.

Die Gründe des BUND für den Widerspruch waren unter anderem: Die Bewilligung einer Grundwasserentnahme wurde ohne Nachweis des nutzbaren Wasserdargebots und des tatsächlich notwendigen Wasserbedarfs von Merck erteilt. Der Eingriff hätte nicht genehmigt werden dürfen, da er vermeidbar, minimierbar und nicht ausgleichbar ist. Ferner wäre die Genehmigung des Eingriffs mit konkreten Auflagen für Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen zu verbinden.

Hierzu äußerte sich Gehart Müller, Pressesprecher des RP Darmstadt, am 13. Juli 1995 im HR Fernsehen - Hessenschau: „Dieses Gesetz (Hessisches Naturschutzgesetz) ist einen Tag vor den Bescheid vom Dezember des vergangenen Jahres verkündet worden. Und er Inhalt des Gesetzes war zu dem damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt, so daß es also auch keine Berücksichtigung finden konnte.“ Diese Äußerung spricht wohl für sich, sind doch an Gesetzgebungs- und Novellierungsverfahren nicht nur einige wenige Landtagsabgeordnete sondern in der meist sehr langen Anhörungs- und Stellungnahmephase die verschiedensten Träger öffentlicher Belange wie unterschiedliche Fachbehörden, Interessenvertretungen von Industrie und Gewerbe, kommunaler Spitzenverbände, Hochschulen, Kirchen, Gewerkschaften oder anerkannte Naturschutzverbände beteiligt. Außerdem wurden Antragsunterlagen ohne nochmalige Offenlegung geändert. Infolgedessen bezieht sich der Bescheid auf Unterlagen, die für die Öffentlichkeit nicht zugänglich und damit nicht überprüfbar waren. Auch wurde der Interdependenz (Wechselwirkung) von Grundwasserförderung und Altlasten im Bereich der Firma Merck im Bescheid nicht genügend Rechnung getragen.

*Wieso ist der Eingriff vermeidbar? Merck braucht doch Wasser*

Das von der Firma Merck benötigte Wasser könnte auf andere Weise als die genehmigte beschafft werden, die mit weniger Eingriffen in den Naturhaushalt verbunden wäre. So könnte das Wasser, technisch sofort realisierbar, vom öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen - der Südhessischen Gas und Wasser AG - bezogen werden. Dieses Unternehmen infiltriert zu Trinkwasserqualität aufbereitetes Rheinwasser in ihren Entnahmerichterbereich und fördert dieses dann aus dem gleichen Aquifer. Ständige Wasserverfügbarkeit, gleichbleibende Wassertemperatur und sonstige Qualitätsanforderungen der Firma Merck wären damit erfüllt.

Übrigens, im gleichen Zeitraum, in dem der BUND seinen Widerspruch ausführlich begründete, eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die Mitarbeiter beim RP. Auch ihr kam die Genehmigungspraxis wohl untersuchungsbedürftig vor.

*Seit dem tauchte das Thema ja auch immer wieder in den Nachrichten auf...*

Erst recht, seit der BUND im März 1996 durch eine Rechtsanwältin eine Untätigkeitsklage nach eingehender Prüfung der Aktenlage gegen das RP eingereicht hat, da der Widerspruch trotz mehrmaliger Anmahnung durch uns nicht bearbeitet und beschrieben wurde. Ein seit Mai vorliegendes forstökologisches Gutachten bestätigt die Auffassung des BUND, daß die Waldschäden wesentlich direkt auf die erhöhte Grundwasserentnahme zurückzuführen sind. Und ein vor kurzen vorgestelltes Gutachten im Auftrag der „Südhessischen“ bestätigt, daß nur bei einem Förderungsstopp der Merck- und Röhmbrunnen junger Wald im betroffenen Gebiet endlich eine Chance zum wachsen bekäme.

Auch politisch ist zwischenzeitlich Bewegung in die Sache gekommen. Verschiedene, zwar nicht immer fachlich treffende Äußerungen von

Politikern nach Jahren des Schweigens oder auch die beachtete Rede mit Anträgen und Fragen des BUND auf der ersten Aktionärsversammlung der Merck KGaA im Juni diesen Jahres waren dazu da, die Öffentlichkeit für die Problematik zu sensibilisieren. Auch Merck will „im Rahmen der gesetzlichen Erfordernisse“ Ausgleichszahlungen für Westwaldschäden leisten. Allerdings sind dafür noch keine Mittel vorgesehen, wie auf Nachfrage des BUND auf der Aktionärsversammlung zu hören war.

*Und wenn dem Widerspruch nicht stattgegeben wird?*

Dann behält sich der BUND vor, eine Verbandsklage einzureichen: Es geht dabei keinesfalls um den Standort der Firma Merck, auch würden dadurch zu keiner Zeit und nicht im geringsten Arbeitsplätze gefährdet, sondern es geht dem BUND um eine zukunftsfähige Betriebswassernutzung, das heißt, die Nutzung von Einspar- und Substitutionspotentialen und vorhandener Alternativen in der Wasserversorgung, die den Naturhaushalt weit aus weniger belasten und dadurch um die Schonung der Lebensgrundlagen von uns allen.

*Wie kann die oder der Einzelne dem Bund dabei helfen?*

Einmal durch Mitarbeit in unserer Arbeitsgruppe. Dort können weitere Informationen erhalten und das weitere Vorgehen besprochen werden. Ansprechpartner zu diesem speziellen Thema sind in Darmstadt Brigitte Martin (Telefon 06151 - 37931, Fax - 37934, Dreieichweg 11, 64291 Darmstadt) und Gabriele Lewin (Telefon 06151 - 376707, Fax - 376704) Zum anderen kostet rechtsanwaltlicher Beistand Geld, viel Geld. Auch viele kleine Spendenbeiträge - ab fünf oder zehn Mark - an den BUND können da viel nützen.

**BUND Hessen e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto-NR. 369 853, Verwendungszweck: Spende OV Darmstadt Wasser. Solche Spenden sind steuerlich absetzbar.**

## Maschinenfortlaufgesetz

Herr Kapital und seine Diener im Hause Standort sind böse. Sie beklagen, daß ihre lieben Maschinen zu oft und so lange herumkränkeln. Viele unehrliche Vorrichtungen würde es geben, die einfach sich dem Dienst verweigerten.

Wenn sie einfach ihren Dienst verweigern, können sie ja nicht produzieren, was bei dem großen Weltkampf nicht hingenommen werden könne.

Die Herrn beschlossen, ihre persönlichen Verbindungen zur großen Politik geltend zu machen, um das Maschinenfortlaufgesetz im Stillstandsfalle zu ändern und die Wartungsverträge des Verbandes der abhängigen Maschinen (VdaM) zu kündigen.

Die Wartungsdienstleistung solle zukünftig nur noch 80 von 100 des Genesungsbudgets auf die jeweilige Kostenstelle gutgeschrieben werden.

In ihrer alten Ratio-Logik setzten die Herren aus dem Hause Standort voll auf dem problemlos laufenden Menschentyp, der angepaßt und immer bereit ist, rund um die Uhr und natürlich auch am Wochenende zu arbeiten.

Dieser Lauftyp wird aus seinem physischen Vernunftgrund nie Aussetzer haben, dachte der Herr Kapital mit seinen Unterstützern.

Doch es kam anders. Die Maschinenversorgungskasse intervenierte heftigst, und die Reparaturschlosser mokierten, wie sie jetzt mit noch weniger Geld ein erfolgreiches Suchen nach den Defekten und Genesungswegen noch leisten sollten. Oft liege es doch an den Laufbedingungen, die zu verändern wären, stellten sie fest.

Die Standortler erwiderten, wenn es den Maschinen mit samt ihren Versorgungseinrichtungen nicht passen würde, könnten sie ja gehen, draußen warteten doch genug Menschenlaufwerke, die noch rationeller liefen und man sie sogar noch besser jährlich abschreiben könne.

Aber, aber, konterte der Verbund der abhängigen Maschinen. Seien doch diese Menschenlaufwerke nicht flexibel genug für das Interesse des Herrn Kapital. Sie seien ja nur auf den einen starren Handtyp ausgerichtet, den man nach jedem Modellwechsel nicht mehr gebrauchen könne, und die neuen Softwareprogramme ferner für eine Neueinstellung viel zu teuer wären. Die Maschinen seien hier ihren historischen Feinden mit ihren physisch bedingten intelligenten Lernprogrammen einfach auch evolutionär weit voraus.

Der Standort muß eben mit diesem Menschenmaterial gesichert werden, man sei ja im Hause Standort kein Freizeitpark für kränkelnde Maschine, fügte Herr Kapital hinzu. Überdies würde man immer vergessen, daß man mit dieser Logik des Hauses Kapital fortlaufend den Maschinen den Erhalt ihrer Standflächen gesichert hätte, was ja in Zeiten der technologischen Beschäftigungskrise nicht immer einfach ist und man dadurch auch immer den technischen Frieden im Hause Standort Jahrzehnte lang gesichert hat.

Volker Ochs



Backstreet Boys: "Elektrizierung plus Sowjetmacht = Kommunismus"

oder: eine 20-  
minütige  
Meditation  
Samuel

... in dem Sinne, dass die Lokomotive die Feuerzylinder nicht vertritt, sondern nur  
repräsentiert, da seine Beziehungen zur Lokomotive durchaus nicht zwangsläufig sind. Nicht  
umsonst wird die Lokomotive als "Lebensform" bezeichnet, die sich in der Lokomotive- und  
Lokomotiv-Form manifestiert, die sich in der Lokomotive-Form manifestiert, die sich in der  
Lokomotive-Form manifestiert, insofern also aneinander Form zueinander isomorph sind.

der auf einem Feuerball

# im das größte den

Niklas Luhmanns schreibt. Und nennt das "Rede(n) von dem Einen  
...", dem System. Von dem Einen, dem er seinen "Grundriß einer  
allgemeinen Theorie" (1) widmet. Schön.

0.000

grafik: Maximilian Pfaffler

dessen Ende ungeheuerlich immer noch die Sonne und die anderen Sterne...  
... in dem Sinne, dass die Lokomotive die Feuerzylinder nicht vertritt, sondern nur  
repräsentiert, da seine Beziehungen zur Lokomotive durchaus nicht zwangsläufig sind. Nicht  
umsonst wird die Lokomotive als "Lebensform" bezeichnet, die sich in der Lokomotive- und  
Lokomotiv-Form manifestiert, die sich in der Lokomotive-Form manifestiert, die sich in der  
Lokomotive-Form manifestiert, insofern also aneinander Form zueinander isomorph sind.

Von jeher träumen Weise von einem  
Ausgang oben in der Mitte der  
Höhlendecke, von einer versteckten  
Klapptür, die Zugang zu einem Kamin  
gewährt, an dessen Ende angeblich  
immer noch die Sonne

# kende System rast

Die Fabel seiner Erzählung wirft durch das speculum des systemtheoretischen Diskurses groteske Schatten an die Wand einer Höhle. Von jeher träumen Weise von einem Ausgang oben in der Mitte der Höhlendecke, von einer versteckten Klapptür, die Zugang zu einem Kamin gewährt, an dessen Ende angeblich immer noch die Sonne und die anderen Sterne glänzten. Auch Luhmann träumt. Er träumt, ohne zu wissen. Denn wüßte er, wie wollte er dann noch suchen, sich autopoietisch zur selbstreferentiellen Leiter umzugestalten, mit deren Hilfe er jenen Zugang zu erreichen hofft? Nur, um geblendet vom Licht der Erkenntnis zurückkehren zu müssen und die Wirklichkeit der Höhle nicht mehr zu sehen? Wahrlich grotesk. Selbst einem Lokomotivführer fällt es jährlich wenigstens einmal ein, daß seine Beziehungen zur Lokomotive durchaus nicht zwingend sind. Nicht so Luhmann, weshalb seine Texte zu verhandeln gleichermaßen einfach wie schwierig ist. Schwierig, weil die

Schwierig, weil die Verhandlung gewisse Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit genau den Praktiken erfordert, die in den sogenannten Wissenschaften, in der Mathematik, bei Modellbildungen angewandt werden. Einfach, weil seine Texte so langweilig lineare, eineindeutige, universelle und wahre Sätze aufweisen. Glaubenssätze. Luhmann bewegt sich ausschließlich auf dem Feld möglicher Aussagen. Seine Begriffe wirken seltsam substanzlos. Er verhandelt formalisierte Funktionen, Sagbares, nicht geformte Materien, also Sichtbares. Wirklichkeit scheint für ihn das zu sein, was er mittels Begriffen der Informations- und Kommunikations-theorien beschreiben kann. Punkt.

gibt jedoch hinsichtlich der Luhmann'schen Gegenstände ein Problem: wie können die Signifikate seiner Signifikanten gezeigt und erkannt werden? Können sie überhaupt gezeigt werden? Ist die Substanz, zu denen die Luhmann'schen Formalismen in Beziehung stehen (können)? Aber erst, das gezeigte, nannte, bedeutete und validierte Verhältnis zwischen Sichtbarem und Sagbarem, zwischen Substanzen und Begriffen kann Wissen genannt werden (Lyotard). Luhmann verhandelt nicht Wissen. Er bewegt sich innerhalb eines bestimmten Diskurses, einer Menge von Aussagen, die zur gleichen diskursiven Information gehören, insofern also allenfalls einmal zueinander isomorph sind.

Alles ist nichts als rastaresk, meine Lieben. Langeweile: das harmloseste Wort. Nähern wir uns also der Hängematte, die nicht Luhmann ist, wir Hunde (Kyniker), und beißen wir in die Begriffe, wo und wie wir sie nur finden.

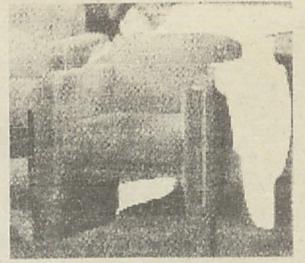
Dem Begriff "Sinn" können verschiedene Bedeutungen zukommen (2). Bildungsbürger Frege nennt "die Art des Gegebenseins" eines Zeichens seinen Sinn, "das Bezeichnete" seine Bedeutung.(3) Für Genialist Wittgenstein hingegen ist die Bedeutung eines Wortes "sein Gebrauch in der Sprache" [in einem Sprachspiel] (4). Das Wort "Bedeutung" werde sprachwidrig gebraucht, wenn damit das Ding bezeichnet werde, "das dem Worte 'entspricht'."(5) "Sinn" ist für Wittgenstein der "Inhalt" eines Wortes, eines Satzes. Für GOTTLuhmann ist Sinn "laufendes Aktualisieren von Möglichkeiten", und zwar "als Differenz zwischen Aktuellem und Möglichkeitshorizont" (6). Die Produktion der Differenz zwischen Aktuellem und Möglichem geschieht ihm zufolge durch/über Information.

Information. "Information wählt aus" und "schließt Möglichkeiten aus..."(7) Weltbürger Leibniz hält für möglich, "was keinen Widerspruch enthält [was vollständig substituierbar ist, hhm]." (8) Das wußten schon die Pythagoreer. Exhaustieren wir also; die Differenz zwischen Aktuellem und Möglichem ist nur möglich, wenn sie widerspruchsfrei ist. Widerspruchsfrei ist sie, wenn sie als Aussage nicht eine Bedeutung und die ihr widersprechende Bedeutung enthält, wenn Aktuelles und Mögliches substituierbar sind, eineindeutig miteinander verknüpft werden können. Wenn die "Identitäten" von Aktuellem und Möglichem von gleicher Gestalt sind. Können sie eineindeutig miteinander verknüpft werden, sind sie substantiell isomorph ("Form" bestimmt "Inhalt"): Aktuelles ist gleich Möglichem, und es existiert keine Differenz, mithin kein Sinn. Diese Form wird Tautologie genannt, weil sie für jede Wahrheitsmöglichkeit wahr ist (sie hat also keine Wahrheitsbedingungen).(9) Damit jedoch Sinn kontrolliert werden kann, wird die Differenz von Differenz und Identität "quer" zum (möglichen) Sinn in einer "Operation" (Unterscheidung und Bezeichnung) eingesetzt. Differenz und Identität sind wie Aktuelles und Mögliches zueinander substantiell isomorph, also von gleicher Gestalt wie Sinn. Dabei ist "Identität" Aktuelles - denn ich kann von Identität nur reden, wenn ich sie bereits festgestellt habe, und ist "Differenz" Mögliches -

denn wäre sie Aktuelles, wäre sie bereits festgestellte Differenz zwischen vorhandenen Identitäten, mithin hätte sie die Identität der festgestellten Differenz, wäre also selbst Identität. Die Differenz von Differenz und Identität existiert und hat "Inhalt". Damit ist sie aber nicht möglich ("Inhalt" bestimmt "Form"), weil - wie wir annehmen - nur möglich ist, was keinen Widerspruch enthält. In diesem Falle "existiert" Sinn, der aber nicht möglich ist, weil die "Differenz" als Aussage einen Begriff und seine Kontradiktion enthält. Oder mit anderen Worten: weil "Differenz" und "Identität" nicht substituierbar, nicht eineindeutig miteinander verknüpfbar sind. Diese Form wird Kontradiktion genannt, weil sie für jede Wahrheitsmöglichkeit falsch ist (sie hat also keine Falschheitsbedingungen).(10)

Die Operation "Unterscheidung und Bezeichnung" kann nicht wirksam werden, weil die daran zu beteiligenden Differenzen nicht möglich sind oder nicht existieren. Ist es denn überhaupt sinnvoll, von Operation als einem "dritten" zu reden? Soweit ich verstehe, soll die "Differenz von Differenz und Identität" irgendwie auf die "Differenz von Aktuellem und Möglichem" einwirken, damit "Unterscheidung und Bezeichnung" möglich wird bzw. herauskommt. Das Verhältnis wäre also etwa das zweier Relationen oder Funktionen in mathematischem Sinne, die in einer Komposition ("Nacheinanderausführung") verknüpft sind.

Während ein "Operator" in mathematischem Sinne eine "Vorschrift [ist], die aus einer Funktion eine andere hervorgehen läßt." "Unterscheidung und Bezeichnung" verändert die "Variablen" der Funktion,



Sinnhaft  
Sinnhaft  
Sinnhaft

Information.

Mit Hilfe des Operators "Unterscheidung und Bezeichnung" entsteht aus der "Funktion" Differenz von Aktuellem und Möglichem eine andere Funktion. Stimmt das denn? Nein.

"Unterscheidung und Bezeichnung" verändert die Variablen der Funktion, nicht die Art der Funktion. Oder anders: der Wert der bestehenden Variablen wird verändert, nicht die Qualität und z.B. die Anzahl. Also ist

"Unterscheidung und Bezeichnung" kein Operator und die Bezeichnung "Operation" zumindest irreführend.

Luhmann spricht selbst hinsichtlich der Konstruktion des Begriffs "Sinn" als von einer Tautologie, vermutlich hat er aber die "Differenz von Differenz und Identität" nicht als Kontradiktion angelegt. So oder so dreht er sich mit seinen Begriffen im Kreise: hat er sie nicht als Kontradiktion angelegt, bewegt sich die "Differenz von Differenz und Identität" in der gleichen Tautologie wie die "Differenz von Aktuellem und Möglichem", und es gibt sie nicht. Hat er sie doch so angelegt, ist sie nicht möglich. Und die "Operation" ist mittels Operator nicht möglich und führt mittels Komposition in eine weitere Tautologie.

Bringt uns die von Luhmann vorgeschlagene Einführung des Begriffs "Information" weiter, damit die tautologische Aussage: "was im Sinn prozessiert, muß Sinn haben," Sinn bekommt? Sie würde als Ereignis - wie von Luhmann definiert - Systemzustände auswählen, indem sie einen Strukturgebrauch aktualisiert, auswählt, Möglichkeiten ausschließt und die eineindeutige Verknüpfung von Aktuellem und Möglichem ermöglicht. Und dann? Die notwendig eineindeutige Verknüpfung von Aktuellem und Möglichem ist tautologisch. Keine Sorge, es gibt eine Lösung:

Luhmann führt eine irreversible und eine reversible Gegenwart ein. Aktuelles kann also in Dauerndes und in Unumkehrbares aufgeteilt werden. Das Unumkehrbare wird laufend mit Hilfe von Möglichem aktualisiert und ebenso laufend mit Dauerndem in Aktuellem wieder vereinigt. Zwar wird im Grunde auch das Dauernde mit Hilfe von Möglichem laufend aktualisiert, aber das ist dann eben ein anderes Mögliches. Die Verknüpfungsstruktur ist immer noch tautologisch, aber da sich Dauerndes und Unumkehrbares unterschiedlich weiterverknüpfen lassen, wird das Aktuelle gegebenenfalls verändert und damit auch Sinn.

Die bisherige Verhandlung zeigt keine Möglichkeit, die "formale Logik" zu überschreiten und eine Beziehung zwischen Begriffen und Substanzen herzustellen. Aber erst ein solches Verhältnis läßt - wie Eingangs festgestellt - den Begriff "Wissen" zu und ermöglicht die Konstituierung einer Dialektik, mit deren Hilfe die Überschreitung der formalen Logik möglich wäre.

Damit ist zugleich gezeigt, daß die "funktionale Analyse" + la Luhmann als Methode des Erkenntnisgewinns in der Systemtheorie oder gar als "Theorie der Erkenntnis" - ob innerhalb oder außerhalb der Systemtheorie - die Sphäre der formalen Logik nicht verläßt. Mit Hilfe von analytischen Methoden werden "verschiedene Vorstellungen [in Luhmann'scher Terminologie: die Differenz zwischen Aktuellem und Möglichkeitshorizont] unter einen Begriff gebracht (ein Geschäft, wovon die allgemeine Logik handelt)." (11) und wird möglicherweise "Information" gewonnen. Aber: **Information ist nicht gleich Erkenntnis:**

Das Letzte: Die zirkuläre Geschlossenheit der Verweisungen von Sinn auf Sinn als Einheit erscheint als Welt. "Man" kann nur in der Welt lernen, sich als System mit einer Auswahl aus möglichen Strukturen einzurichten. Die (phänomenologische) Beschreibung der Sinnerfahrung soll als Beschreibung der Welt in der Welt aufzufassen sein. Welt ist Summe der Möglichkeiten, sinnhafte Verweisungen nachzuvollziehen, und Einheit dieser Möglichkeiten. Der Welthorizont jeder Differenz garantiert ihre Einheit als Differenz. Diese Einheitsleistung ist die Geschlossenheit selbstreferentieller Zusammenhänge. Seien nun - in Luhmann'schem Sinne - einheitliche Bewußtseinszusammenhänge psychische Systeme, und Bewußtsein existiere als "außerweltliches" Subjekt. Angenommen:

"Bewußtseinszusammenhang" sei nicht "Bewußtsein", sei also "Form" mit dem "Inhalt".

Bewußtsein. Wer oder was sollte dann in der Welt lernen können, "sich" als System zu konstituieren? Wer oder was ist dann "man"? Andererseits:

"Bewußtseinszusammenhang" sei "Bewußtsein" [was mir verständlicher wäre, denn was sollte bewußtes Sein ohne Zusammenhang sein?]. Wie aber sollte Bewußtsein als außerweltliches Subjekt in der Welt lernen, "sich" als System zu konstituieren? Kontradiktionen! Nichts als Kontradiktionen! Luhmanns "Metaphysik" beschreibt weder Tatsachen noch Dinge, weder Substanzen noch Wesenheiten, weder Wirklichkeit noch Sichtbares, weder Sein noch Erkenntnis von Sein. Sie beschreibt formalisierte Funktionen. Ihre Setzungen sind tautologisch oder kontradiktorisch.

Sie existiert  
einfach nicht.

Soziale Systeme sind dysfunktional



Aber was läßt sich denn nun aus diesem groteske Schatten an die Wand der Höhle werfenden Szenario schließen? Wie konnte es geschehen, daß der Mensch Niklas Luhmann Zeit seines Lebens im wesentlichen an nichts anderem gearbeitet hat, als an dem Versuch, eine "Allgemeine Theorie" Sozialer Systeme und damit die Allgemeine Theorie überhaupt zu formulieren? Ging es ihm einzig und allein darum, daß "Soziologie" oder "Sozialwissenschaft" endlich die "Schwelle der Wissenschaftlichkeit" überschreitet, indem sie gewissen formalen Kriterien genügt und gehorcht, indem sie Konstruktionsgesetze für Propositionen aufstellt? (11) (12) Welche Haltungen, Gesinnungen und Praktiken lassen sich der Argumentation Luhmanns entnehmen?

Wir können es wie Sibylle Tönnies machen und feststellen: die Selbstbetrachtung des betrachtenden Denkers "führt die Systemtheorie in den Wahn, Luhmanns Gehirn sei das denkbar größte denkende System, weil es alles denkt und sich selbst dazu, ..." (13)

Oder wie Michel Foucault: "Heutzutage, und wiederum ist es Nietzsche, der von fern den Wendepunkt anzeigt, ist es nicht so sehr das Fehlen oder der Tod Gottes, der bestätigt wird, sondern das Ende des Menschen ... Der Mensch wird verschwinden." (14)



Jedoch: den Tod des Menschen - wie vormals den Tod Gottes - festzustellen, bedeutet, ihn "existieren" zu machen; solange es "den Menschen" gibt, solange er "lebt", ist seine "Ek-sistenz" ungewiß. Erst der getöte- te oder der tote Mensch existiert, muß ja existiert haben, sonst hätte er nicht getötet werden können ... Wir folgen weder Tönnies noch Foucault, sondern bemerken: Luhmann stellt nicht den Tod "des Menschen" fest, er verhandelt "Menschen" überhaupt nicht. Gleichwohl: erst auf dem Hintergrund bestimmter (evo- lutionärer, biologistischer) Diskurse über "den Menschen" (als "Blaupause") kann er seine Theorie des "psy- chischen Systems" entwickeln. Die Folgerungen überlassen wir gnädigerweise der Leserin ...

Das Bühnenbild Luhmanns ist beckett'sch: spartanisch, diffus, ein substantiierendes Licht- und Schattenszenario ohne Substanz. Der Plot seiner anscheinend zusammenhanglosen Szenen: ein Sammelsurium von Eklektizismen, verschiedensten "Humanwissenschaften" entnommen, fast immer mit biologistisch und verhaltens evolutionistisch angehauchten Informationstheorie-Einsprengseln. Er kann verhandeln, was er will, es tauchen in schöner Regelmäßigkeit immer wieder die gleichen Begriffe auf: Differenz (15), Identität, Selbstreferentialität, Autopoiesis und Kontingenz. Er will nichts erzählen und nichts definieren; gleichwohl schwätzt er in einer Tour mit dem - selbst in seinem Mischmasch-Jargon erkennbaren - Gestus des Wissenden, des Priesters. Seine Erzählstrategie folgt gezielt der Verfremdung ("Differenz von Differenz und Identität") durch paradoxe Redewendungen und der Fesselung durch eine Flut von Verweisen und Zitaten, die vermeintlich belegen, allenfalls Belesenheit ausdrücken, jedoch nur den Stil einer wissenschaftlichen Abhandlung zu simulieren scheinen. Insofern nähert er sich dem in einem vollkommen anderen Bereich des Feldes möglicher Aussagen tätigen Schriftsteller Jorge Luis Borges, der tatsächlich mittels Pseudo-Abhandlungen Wissenschaftlichkeit simuliert.

Luhmanns "wissenschaftsspezifisches Interesse" ist Ausdruck seiner christlich-abendländischen Haltung gegenüber "Wahrheit": Wir kennen das schon: die juridischen Praktiken der Inquisition gingen in Untersuchungs- und Analysepraktiken der "empirischen Naturwissenschaft" auf. Ein weiteres "Indiz" (16) für den Priester Luhmann.

Weshalb will er doch gleich "Erfahrungsgehalte" auflösen und rekombinieren und "Normales" für unwahr- scheinlich erklären? Sieht er sich als "Revoluzzer", als einer, der neuen Ufern zustrebt? Mag sein: er löst jedoch "Normales" dahingehend auf, daß er es erst recht einer Normalisierung zugänglich macht und ver- handelt alles mögliche, nur nicht "Erfahrungsgehalte" (oder wenn, dann nur als Funktion). Er scheint fort- laufend die Benennung von Tätigkeiten mit den Tätigkeiten zu verwechseln. Oder aber: er hat Friedrich Nietzsche mißverstanden, der Täter und Tat als nicht voneinander zu trennende Einheit betrachtet haben will. (17)

Die Luhmann'sche Systemtheorie ist der simulierte Ausdruck einer verfeinerten Disziplinartechnologie des Kapitals für die Verbraucher- und Benutzerkultur: sie scheint in der Art und Weise - jedoch nicht in der gleichen Konsistenz - der Leibniz'schen Monadenlehre die Möglichkeit der Produktion eines "Kollektivleibes" zu beschreiben. Der Mensch ist tot: es lebe "das Soziale und das Psychische System"! Oder anders: Luhmann verhandelt ausschließlich "Wahrscheinlichkeiten" und Signale. Es bedarf nur noch einer Semiotik, die das Regelsystem der Signale festlegt, und schwupps sind wir in der Verbraucher- und Benutzerkultur.

Es lebe der Stochastik-Man!

Tatsächlich simuliert die Systemtheorie die Disziplinartechnologie nur: für die unmittelbare Disziplinierung des Benutzers ist die Systemtheorie (der Sozialwissenschaft in gleicher Weise wie der Politikwissenschaft etc.) nicht erforderlich. Mit ihrer Hilfe können leider keine der ach-so-liebenswerten Strategien zur Konstituierung von Praktiken weder zur Disziplinierung der Leiber einer "Gesellschaft" noch zur Regulierung und Kontrolle der "Bevölkerung" als Kollektivleib entwickelt werden. Die Systemtheorie ist zur Produktion bestimmter Machtpraktiken vollkommen ungeeignet: sie verhandelt in keiner Weise "formbare Materien (Substanzen)". Sie beschreibt nicht einmal adäquat. Sie ist nichts als der Schleier aus Software- und Hardware-Begriffen der Informatik, der der Beschreibung eines Ensembles "konkreter" Individuen (der "Gesellschaft") übergeworfen werden kann.

Sie ist das Produkt der Verbraucher- und Benutzerkultur, und dort gibt es "nichts als flottierende Theorien im Spiegel ihrer Schrift". (17)

**Aber genau das ist ihr Kick!**

Luhmann darf sich auf die Fahnen schreiben, eine Theorie entwickelt zu haben, die Wissenschaftler wie sachkundige "Laien" gleichermaßen beschäftigt. Und damit von den eigentlichen zeitgenössischen Machtverhältnissen ablenkt!

Allüberall wird Wirklichkeit simuliert. Nichts ist wirklicher als die Simulation von Wirklichkeit! Greift also zu, liebe Banker und Technophilen, Luhmann bläut Euch genau das Gesäusel in die Gigabytes, das Euch fesseln soll!

"Sieben Worte halten mich fest. Zwei fesseln die Brust und den Bauch, eines die Oberschenkel, zwei die Schienbeine, zwei die Handgelenke. Es sind nur begrenzte Bewegungen möglich. Schweiß tropft aus allen Poren und schleift die Worte." (18)



Harald Hellweg-Mahrt  
im Soundclash  
mit.....



(1) Niklas Luhmann, Soziale Systeme (SoSy), 4. Aufl., Frankfurt 1991

(2) "1. Fähigkeit der Organismen, verschiedene Arten von Reizen zu unterscheiden; Denken, Gedanken, Bewußtsein; Gesinnung, Denkungsart, Gemüt; Verständnis, Empfänglichkeit (für); Bedeutung, geistiger Gehalt (einer Dichtung, Aufgabe, Frage, eines Wortes); ...[<mhd., ahd. sin "auf Verstand, Wahrnehmung bezogen"; Grundbedeutung "Weg, Reise, Gang", zu idg. sent-"eine Richtung nehmen, gehen, reisen fahren"]"; Wahrig Deutsches Wörterbuch, München 1986, Seite 1183

(3) Gottlob Frege, Über Sinn und Bedeutung, in: Funktion, Begriff, Bedeutung, 6. Auflage, Göttingen 1986, Seite 41

(4) Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen (PU), Frankfurt 1980, Seite 41

(5) PU, Seite 40

(6) SoSy, Seite 100

(7) SoSy, Seite 103

(8) GW Leibniz, Allgemeine Untersuchungen über die Analyse der Begriffe und Wahrheiten, Hamburg 1982, Seite 29

(9) Ludwig Wittgenstein, Logisch-philosophischer Traktat (Traktat), Frankfurt 1963, Seite 55

(10) Traktat, Seite 55

11 Michel Foucault, Die Archäologie des Wissens (ARCH), Frankfurt 1981, S. 266

12 Nebenher gesprochen: wie und wieso konnte die absolut analytische und formal-logische Ausgestaltung einer "Theorie" namens "Diskursethik" von ihren Protagonisten Apel und Habermas so erfolgreich betrieben werden? Wieso findet sie auch heute noch eine derartige Resonanz (die allerdings auf den deutschen und amerikanischen Raum beschränkt ist)? "Konsequenterweise müßte Apel die Gültigkeit seiner eigenen Sätze von ihrem Schicksal im Diskurs abhängig machen. Wird das nachlassende Interesse an der Diskursethik einen Wahrheitsschwund in deren Aussagen bedeuten und das Ende ihrer Richtigkeit ankündigen?" Sibylle Tönnies, Was immer schon vorausgesetzt ist, MERKUR 3/95, S. 268

13 Sibylle Tönnies, a.a.O., S. 269

14 Michel Foucault, Die Ordnung der Dinge (OD), 12. Aufl. Frankfurt 1994, S. 460

(15) die nicht gleich "Verschiedenheit" und nicht gleich "Andersheit" ist; cf. Gilles Deleuze, Differenz und Wiederholung (Diff), München 1992, S. 51

(16)  $\xi$  propos: was unterscheidet eigentlich das Szenario eines Krimis von dem einer Wissenschaft?

(17) Friedrich Nietzsche, Das Hauptwerk, Bde I-IV, München 1990

(17) Jean Baudrillard, Der Symbolische Tausch und der Tod (STuT), München 1982, S. 140 f

(18) Harald Hellweg-Mahrt,

Das winzige Ich, Seite 1

# Pickt das System



Niklas Luhmann: Pickt das System oder sind Lokomotiven zwingend?

Ein Textblock, der vertikal und rückwärts (von unten nach oben) geschrieben ist. Er enthält eine Liste von Fußnoten, die mit den Nummern (1) bis (18) beginnt. Die Schrift ist klein und dicht gedrängt.

## ALS DIE BEATLES RUDI DUTSCHKE ERSCHOSSEN

Ob es einen blöderen Titel für ein Buch geben kann sei dahingestellt. Der Roman von Franz-Maria Sonner auf jeden Fall ist gar nicht mal sooooo schlecht wie zu vermuten war. Die Geschichte des 15-jährigen Adrian Berlenberg spielt im München der Jahre 1968 - 71 und ist irgendwie unspektakulär. Adrian, Ministrant und Gymnasiast, wird von seinen Freunden in die politische Arbeit der sozialistischen Schülergruppe hineingezogen; das ist irgendwie O.K. aber irgendwie weiß er gar nicht so genau um was es geht und was das ganze bringen soll. Die ganze Geschichte umkreist ein großes IRGENDWIE. Irgendwie sind Schule, Familie und Kirche "bürgerliche Scheiße", aber genauso irgendwie sinnlos sind die Demonstrationen und Diskussionen der reblierenden Studenten. Und irgendwie sind da ja auch noch Mädchen, die vielleicht doch interessanter sind als Diskussionen mit der Gewerkschaftsjugend.

Daß jemand die Geschichte der falschen Person am falschen Ort zur richtigen Zeit erzählt verspricht nicht unbedingt ein Lesevergnügen, aber allein wegen Passagen wie der folgenden hat sich die Überwindung, das Buch trotz des Titels zu lesen, gelohnt.

"Später warf ich mit Mano zusammen den ersten Trip. Sah unecht aus, ein dunkles Pünktchen auf einem Löschpapier, das Mano dann auch noch zerteilte. Vorsichtshalber, man wisse ja nie, wie man drauf komme. Überhaupt nicht, dachte ich. Nur Felix Magath lief dauernd mit dem Ball im Fernsehen auf und ab. Allein der Name: *Felix Magath*."

ak

**Franz-Maria Sonner: „Als die Beatles Rudi Dutschke erschossen“, ISBN 3-88897-175-6, Verlag Antje Kunstmann, 135 Seiten, 26.- DM.**

## OBJEKTWahl (ALL YOU NEED IS LOVE)

Klaus Theweleit schreibt in seinem "Band 3a" des "Buchs der Könige" über Paarbildungsstrategien ... Das klingt erst einmal ziemlich trocken, doch wenn Theweleit erzählt, groovt es in jeder Zeile. *All You Need Is Love*: das ist die Lösung der letzten 30 Jahre und sie wird „von den meisten auf irgendeine Weise geglaubt“. Doch gerade wenn es um die Wahl des Liebesobjektes resp. Ehepartners geht, hat die Liebe wenig zu sagen. In "Objektwahl" entschlüsselt Theweleit einige der unbewußten Gründe, die hinter der Wahl des Liebesobjektes von Männern stehen, so z.B. die ekelhafte Selbstverliebtheit eines Lothar Matthäus. Zu diesem Zweck holt Theweleit den angeblich so angestaubten Denker Sigmund Freud aus dem Regal, wobei es ihm auf faszinierende Art und Weise gelingt mit Freud gegen Freud zu argumentieren.

ak

**Klaus Theweleit: „Objektwahl (All You Need Is Love ...) - Über Paarbildungsstrategien & Bruchstück einer Freudbiographie“, ISBN 3-87877-321-8, Deutscher Taschenbuch Verlag, 144 Seiten, 14,90 DM.**

## HIGH FIDELITY

Plattenverkäufer in der Selbstausbeutung - ratlos. Ziemlich durchschnittlich erzählter Roman über das Leben eines Plattenladenbesitzers, der gerade von seiner Freundin verlassen wurde und mit dem Schicksal hadert. Zu Recht, denn der Ich-Erzähler ist einer dieser verwirrt-verwelkten Hippie-unternehmer, die man in der Vollen-Aschenbecher-Atmosphäre ihrer verstaubten Plattenläden viel zu oft antrifft. Da stehen sie dann meist verkatert in der Gegend rum und erzählen dummes Zeug über Frauen, Fußball und die angebliche Zukunft der Rockmusik. Dieses Geschwätz ist genauso matt wie dieses Buch. Nur weil halboriginelle

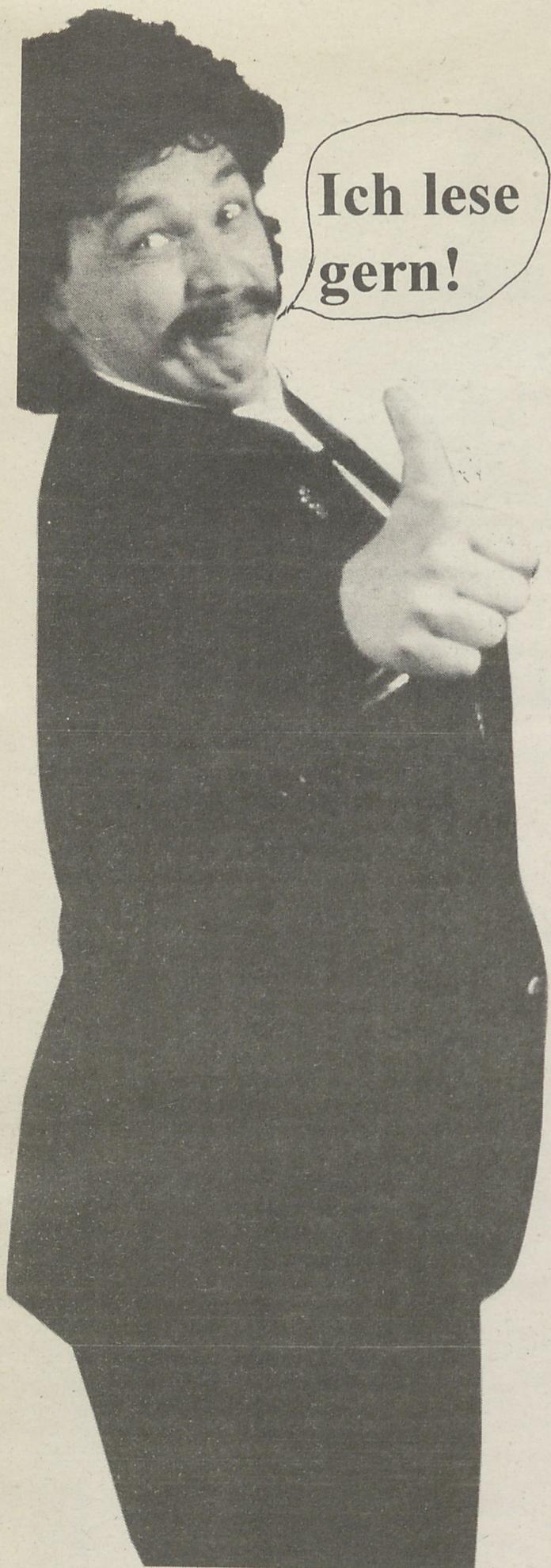
Bemerkungen über Popmusik ca. 15% des Romaninhalts ausmachen, waren im letzten Frühjahr, als "High Fidelity" rauskam, alle Platten hörenden Feuilletonkritiker vollständig begeistert. Hier war entschieden zu viel guter Wille im Spiel: Hornby würzt seine nach allen Klischeeregeln (Einsamkeit! Sprituosen! Soul! Happyend!) handgeschnittene Liebesgeschichte mit unachtsam hingeworfenen Fragmenten einer Dogmatik für Musikkonsumenten. In Nebensätzen fallen u.a. Bemerkungen darüber, daß man 500 Platten besitzen muß, um von einer *Plattensammlung* sprechen zu dürfen oder das es unmöglich ist, einen Plattenladen zu betreten und ihn wieder zu verlassen ohne sich gehörig pleite gekauft zu haben. Das war eigentlich schon immer klar, ohne es jemand in das Tagebuch seiner Alt männer-Hysterie hätte schreiben müssen. Was bleibt ist klebrige Langeweile - der schlechte Geschmack eines sich schon überlebten Frühjahr-Hypes.

cm

**Nick Hornby: „High Fidelity“, ISBN 3-462-02524-4, Kiepenheuer & Witsch, 336 Seiten**

## MEDIEN MÖGEN'S WEISS

Anschläge gegen Asylantenwohnheime, daran haben sich die Deutschen mittlerweile gewöhnt. Auch die gewaltsamen Übergriffe von Skinheads auf wehrlose Menschen, die nicht dem arischen Idealaussehen entsprechen, werden eher beiläufig aus den täglichen Berichten der Medien entnommen. Rassismus ist ein Tagesgeschäft, der auch innerhalb der Medien anzufinden ist. Ralf Koch liefert hierfür in seinem Buch "Medien mögen's weiß" einen Erfahrungsbericht sogenannter ausländischer Journalisten. Zehn von ihnen, darunter Cherno Jobatey, zeigen in dem Buch, mit welchen Problemen und Hindernissen die berufliche Karriere aufgrund der Hautfarbe und/oder Herkunft bestückt ist.



Ich lese  
gern!

Ein Beispiel, Rassismus in den USA: C. Jobatey (Redakteur, ZDF) sollte ein Bericht für die 'Zeit' über die Situation der Black Community in Los Angeles erstellen. In dieser Zeit kam es zu rassistischen Übergriffen seitens der Polizei gegen Schwarze, aber nicht nur das, Schwarze wurden in nahezu allen Geschäften der Stadt, die sie betreten, vom Sicherheitspersonal gefilzt und auch ein Taxi hielt kaum, war man nicht Strahleweiß. Aufgrund dieser Recherchen wies Jobatey darauf hin, das LA ein Pulverfaß sei, es hauptsächlich aufgrund der gewaltsamen und rassistisch motivierten Handlungen der Polizeikräfte zu größeren Ausschreitungen kommen kann. Der verantwortliche Zeit-Redakteur tat diese Einschätzung als völlig überzogen und viel zu subjektiv ab, nach dem Motto, wie kann ein Schwarzer oder auch Türke denn objektiv über Rassismus berichten, die sind viel zu emotionsgeladen, - folglich der Artikel wurde nicht gedruckt. Ein Jahr später brannte LA! Das Buch deckt zwar nicht auf wissenschaftlicher Ebene die Mechanismen des Rassismus auf, ist jedoch auf alle Fälle lesenswert und zeigt insbesondere mit welchem

Klischees und Vorurteilen der deutsche Rassismus auf oftmals subtile Art und Weise durch die Köpfe der 'Weißen' treibt. Kaufen!

mmd

**Ralf Koch**

**„Medien mögen's weiß - Rassismus im Nachrichtengeschäft“**

**Deutscher Taschenbuch Verlag, 1996, ISBN 3-423-30542-8, 28,-**

### **DIE NEUE WELTORDNUNG UND DER GOLF-KRIEG**

Wann war noch mal der Golfkrieg? Um was ging es da? Um Gerechtigkeit einen bösen Diktator und viel Geld? Wer mehr wissen will in welcher Welt wir überhaupt leben, sollte sich von Chomsky u.a. beraten lassen. Dort wird gezeigt, wer nach dem kalten Krieg in der Welt das Sagen oder vielmehr das Schieß-eisen in der Hand hat, nämlich die USA. Das es bei der US Interventionspolitik nicht um Menschenrechte, Moral oder Demokratie geht ist genauso sicher wie ein fettfreier Hamburger bei Mc-Doof.

Das Buch zeigt aber auch, wie die Massen, mittels einer Propaganda wie sie im Golfkrieg von den Alliierten betrieben wurde, manipuliert und bewußt falsch informiert werden, nach dem Motto, es wurden ja durch den Einsatz von Hochtechnologie-waffen nur militärisch wichtige Ziele im Irak getroffen und dabei hat nur ein Mensch während des gesamten Krieges sein Leben verloren. Wer sich also politisch bilden will muß Chomsky in seinem Bücherschrank haben!

mmd

**Chomsky, Beinin u.a.**

**"Die neue Weltordnung und der Golfkrieg - Essays"**

**Trotzdem Verlag (1992), 16,- ISBN 3-922209-37-8**

## Holy Listening mit John Cage

Diese Musik bietet uns eine neue Möglichkeit der Weltwahrnehmung an, indem sie den Ton als maßgebliche Struktur in der Musik verlässen wird und man sich mit dem Klang einen neuen Raum der Möglichkeiten schafft. Der Ton und/oder die Note wird, gleich den Zahlen bei Wittgenstein, als artifiziell gesehen und behauptet, daß die Aussagefähigkeit der Kausalität zwar statistisch enorm ist, wir aber den Ausnahmezustand einer solchen Regel immer mitdenken müssen. Das Axiom der Kausalität bricht auf. Dies ist auch eine der Grundaussagen des I Ging, das „Buch der Wandlungen“, das für Cages Frühwerk eine maßgebliche Inspiration darstellte, nicht zuletzt weil er Kompositionen aus ihm heraus „ableitete“.

Schon hier zeigt sich ein Bruch mit der musikalischen Tradition, der sich durch eine Abwendung von der geisteswissenschaftlichen Bedeutung hin zu einem naturwissenschaftlichen Blick auf die Musik darstellt.<sup>1</sup> Ein anderer großer Einfluß auf Cage war Edgar Varèse, der in seiner Komposition „Ionisation“ die Geräusche innerhalb eines Atoms zu Gehör transformieren wollte und so eine futuristisch-positivistische Ader in das Musikgeschehen der 20er und 30er brachte, die so nicht kennzeichnend für die Tradition ist. (Außerdem besaß Varèse wohl die größte Sirenen-sammlung der Welt, mit der er wohl die Futuristen in die Fabriken trieb). Cage antwortet hier mit „First Construction in Meta“ (1939), eine Musik der spirituellen Fabrik, die synkretistische Mischung aus asiatischer Kontemplation

und maschineller Massenproduktion. Cage verleugnete seine futuristische Herkunft nie, das Sujet seiner Kompositionen richtete sich immer nach dem neuesten technischen Stand.

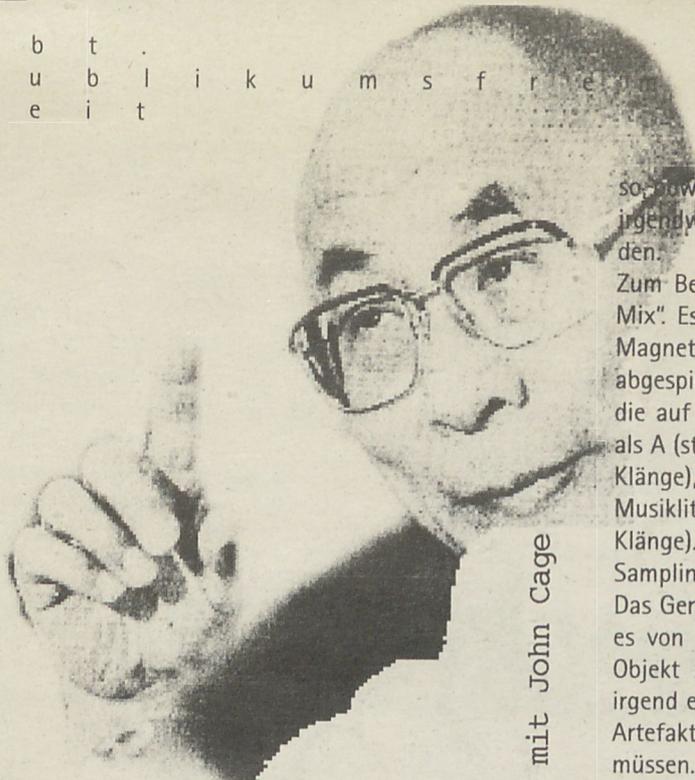
Man könnte nun denken, die freie Atonalität Schönbergs wäre dieser Sicht der Kausalität nicht unähnlich, jedoch ist Cages Musik nie unsystematisch, es wird nur mit Möglichkeiten gespielt, die der Interpret für sich zwar frei, aber nicht unbestimmt benutzen darf. Es ist keine Improvisation, sondern der Einzug der Möglichkeit von Variabilität in die Musikgeschichte. Wo die freie Atonalität noch strikte strukturelle Vorgaben machte, wird hier nun die Interpretation in die Komposition miteinbezogen und so die Absolutheit des Werks aufgelöst. So ist auch evident, daß sich Cagesche Kompositionen diametral zur serialistischen Bewegung Darmstadts darstellten, die ja die Form zur höchsten Instanz der Musik berief.

Es wird klar: Die totale Formalisierung der Struktur von Musik fällt letztendlich mit der Aufgabe von systematischer Struktur zusammen. So ging nach dem Bekanntwerden der alleatorischen und ausschlaggebenden Elemente der Cageschen Musik in Darmstadt die Serialität rasch ihrem Ende entgegen. Wir erinnern uns an die richtungsweisenden „Gruppen“ von Stockhausen.

Aber auf diesem Punkt bleibt Cage nicht stehen: Ein weiterer

Aspekt seiner Musik sind die Einflüsse außereuropäischer Klänge, die sich später auch andere, oder die meisten, Komponisten erschlossen. Die Sonaten für präpariertes Piano erinnern stark an die fernöstliche Musik, was Hand in Hand geht mit der auf Cage wirkenden Faszination des I Ging. Ca. 10 Jahre später komponierte Stockhausen „Telemusik“, ein elektronisches Stück des hauptsächlich mit uns sehr fern vorkommenden Frequenzen zwischen 8.000 und 10.000 Hertz arbeitet, und unterhalb dieses Rauschens musikalische Elemente fremder Kulturen moduliert und sie uns auf diese Weise im Klang nahe bringt. Aber auch die vermehrte Verwendung perkussiver Instrumente in der neuen Musik weist auf ähnliche Versuche hin. Das berühmte (oder berüchtigte) „Andere“ bemüht sich so in der neuen Musik um ein Verständnis. Nicht zu vergessen die Revolutionierung des klassischen Tanzes in den Sonaten: Merce Cunningham tanzt den allseits beliebten Ausdruckstanz (der hier noch gut ist, weil schwul).

Cage spielt mit den Strukturen von Musik, indem er die Griffe der Notwendigkeit und der Freiheit miteinander ausspielt. Die beanspruchte Nichtintentionalität, die sich in dem Vorhaben ausdrückt, nicht mehr Herrscher über das Material zu sein, sondern den Zufall als objektive Instanz walten zu lassen und somit ein Stück tatsächliche Welt in der Musik wiederfinden zu wollen, stößt ebenso wie zuvor die Serialität an ihre Grenzen: Indem der Anspruch auf den objektiven Zufall sich zum Subjektiven wendet. Nichtintentionalität ist intendiert. Eine Aporie eines solchen semipositivistischen Vorhabens, die aber alle größeren Bewegungen innerhalb der neuen Musik in



Holy Listening mit John Cage

Vorhabens, die aber alle größeren Bewegungen innerhalb der neuen Musik in den 60er Jahren verstummen ließ. Seitdem ist die Situation zerfasert.

Aber: „Neue Musik: Neues Hören. Kein Versuch, etwas zu verstehen, was da gesagt wird; denn wenn beabsichtigt wäre, etwas zu sagen, so müßte man den Klängen die Gestalt von Wörtern geben. Lediglich ein Aufmerksam-Sein gegenüber der Aktivität der Klänge (ist gefordert).“

Es geht um die Emanzipation des Geräuschs. Die Welt in ihrer Beschaffenheit soll in den musikalischen Prozeß miteinbezogen werden und

so, obwohl die Kompositionsweise zunächst einmal variabel und irgendwie „unseriös“ erscheint, epistemologisch wirksam werden.

Zum Beispiel die Partitur zum elektronischen Stück „Williams Mix“. Es sind Zeichnungen für die acht Spuren eines 0,6 cm-Magnettonbandes, das in einer Geschwindigkeit von 38cm/sec. abgespielt wird. Sie sind gedacht als Schnittmusterbögen für die auf Tonband gespeicherten Klänge. Diese sind klassifiziert als A (städtische Klänge), B (ländliche Klänge), C (elektronische Klänge), D (von Hand erzeugte Klänge einschließlich solcher der Musikliteratur), E (lufterzeugte Klänge einschließlich vokaler Klänge). Wir sehen: Hier entgeht nichts (und die Geburt des Sampling).

Das Geräusch wird zu einem Draht zur Aussenwelt, filtert man es von allem Rauschen und setzt Stille dazu, haben wir ein Objekt zur Betrachtung. Nicht nur eine Wahrnehmung vor irgend etwas, sondern ein aus der Ruhe plötzlich entstandenes Artefakt in dem man sich spiegeln kann, ohne es verstehen zu müssen.

„Und was ist der Zweck des Komponierens? Einer ist natürlich, sich nicht um Zwecke zu kümmern, sondern um Klänge. Oder die Antwort muß die Form eines Paradoxons annehmen: eine zweckvolle Zwecklosigkeit oder ein zweckfreies Spiel. Dieses Spiel allerdings ist eine Bejahung des Lebens, weder ein Versuch Ordnung ins Chaos zu bringen, noch der Versuch, Steigerungen der Erfindungsgabe zu erzielen, sondern einfach ein Weg, sich dem wirklichen Leben zu öffnen, das wir leben und das so herrlich ist, wenn man die eigenen Ansichten und Wünsche aufgibt und alles von selbst geschehen läßt.“<sup>2</sup>

Laut Cage ist die Welt schon so voller Musik, auf der Straße, im Wald, ja sogar im schallgedämpften Raum, wo man immer noch die arbeitenden Nerven und das Rauschen des Blutes hört, daß Komponieren eigentlich überflüssig scheint.<sup>3</sup> Aber Gott (ja, der tote) möge uns vor so einem überfülltem Universum bewahren.

Dennoch gehören diese Kompositionen zum Schönsten, das wir kennen können, allein die Demarkation, die man bei „First Interlude“ verspürt (in der rhythmischen Struktur dem Death-Metal nicht unähnlich), gehört zu den wahren zerebralen Genüssen der Verwirrung. Als Beilage: 3 Gläser I.W. Harper (12 years) und eine Punch (Habana, Cuba). Auf ein Lob des

John Cage - The 25-Year Retrospektive Concert of the Music of John Cage (Recorded in performance at Town Hall, New York, May 15, 1958)/Wergo 6247-2 (1994) - scheinBteuer.

Ekkehard Ehlers

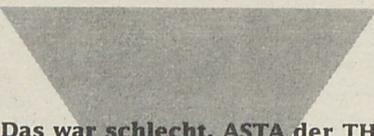
1 Tatsächlich wurde ja die Abkehr von der totalen Kausalität auf gesellschaftlich relevanter Ebene erst durch verschiedene Entdeckungen der Naturwissenschaften vollzogen und nicht etwa seit Hume, Nietzsche oder Popper.

2 Dieser Fatalismus führt in der Kunst zu oben aufgezeigter Aporie.

3 Cage komponierte später nur noch Musik, weil er Schönberg versprechen mußte, sein Leben der Komposition zu widmen, damit dieser ihn als Schüler annahm.

# **ASTA bedroht Minderheit!**

Schloßkeller enthält Veranstaltungstermine vor



## **Das war schlecht, ASTA der TH**

Ihr sagt, daß Ihr uns keine Veranstaltungshinweise mehr zukommen lassen wollt, z.B. von Euren Veranstaltungen im Schloßkeller, solange wir Anzeigen von Burschenschaften abdrucken. Auch wenn sich in der unicomact Redaktion keine Burschenschaftler oder Symphatisanten derselben finden, gibt es für uns keine zulässige Begründung, einen Anzeigenauftrag von Burschenschaften abzulehnen. Sicherlich gibt es Verbindungen, die demokratiefeindlich und reaktionär sind. Sollten wir Hinweise in dieser Richtung bekommen, haben wir eine Handhabe, einen Anzeigenabdruck in unicomact zu verhindern. Solange dies jedoch nicht der Fall ist, sollten gerade die Vertreter der Studentenschaft sich in größerer Toleranz üben. Denn bei den Mitgliedern von Burschenschaften handelt es sich in gewisser Weise um eine Minderheit an der Uni. Sie sollte genauso respektiert werden, wie sich dies jede andere Gruppe an der Uni wünscht, egal welcher Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht oder politischer Grundhaltung sie angehört. Toleranz gegenüber Minderheiten zeigt sich nämlich gerade dann, wenn diese andere als die eigenen Ziele verfolgen. Lieber ASTA, werdet gelassener und denkt bitte daran, daß Ihr gewählt seit, um die Interessen aller Studierender an der TH Darmstadt zu vertreten.

**LACHEN ODER WEINEN?**

aus: UNI-COMPACT, Dezember 1996

# Leserbriefe

## Subject:

**Super-Mario vs. Playmobil**  
von Andreas Klärner  
in der Ausgabe 1/96, S. 51-52  
zu finden unter:  
[www.th-darmstadt.de/asta/  
maxover/nintendo.htm](http://www.th-darmstadt.de/asta/maxover/nintendo.htm)

Ich weiß eigentlich nicht genau was ich sagen soll, zumindest aber das, daß mir diese Seite sehr gut gefällt. Ich selbst habe immer gerne Video Games gespielt, aber eben genau aufgrund dieser Begrenztheit wurden sie mir fad. Schlußendlich habe ich mir sogar einen 20 Jahre alten Flipper (keinen elektronischen, sondern mit handfesten Relais drin, der noch so richtig scheppert) gekauft, aber auch das ist nicht mehr in diesem Maße lustig wie vor 20 Jahren. Im Grunde genommen hoffe ich, daß der Schaden der durch solche Video Games angerichtet wird, durchaus zu Erfahrung kompensiert werden kann. Genauso wie beim kritiklosen Konsumieren des Fernsehens, finde ich daß die Verantwortung und Hilfe bei der Weiterverarbeitung der Informationen bei den Eltern liegt. Man kann keinen ORF, ZDF oder gar eine Regierung dafür verantwortlich machen und fordern das es abgeschafft wird. Zum Schluß noch eine Frage: Hast Du eigentlich keine Schwierigkeiten durch NINTENDO bekommen?

ciao Teja Millonig

<Teja.Millonig@ezmvi.siemens.co.at>

*Leider schweigt NINTENDO - Kritikloser Konsum auch dort?*

*Und: wie alt werden eigentlich Delphine?*

I find this all VERY interesting. I wrote a letter some years ago to Mr. Hans Beck, the man who created Playmobil. Many of the themes you mentioned were a large part of my letter to him. In my letter, I did not compare Playmobil to Super Mario, but to other toys of a similar nature. In the USA, some of the most popular toys are those that are based upon

television cartoon shows...like Teenage Mutant Ninja Turtles, Power Rangers, and Spider Man. It was my point in the letter that Playmobil was a far superior toy to the ones produced around these TV shows because the child (who plays with them) is not constricted by the boundaries of a preconceived story. I have a friend who has two young children. They play with their Playmobil more than any other toy they own. Even Barbie dolls. They spend hours playing at making their own stories.....about Knights and Wizards and Robin Hood and whatever else they dream about. This is true freedom. And it shows in every other facet of their lives. They are used to being creative thinkers at play...which leads them to be creative thinkers in mundane matters as well. I fully agree with your statements. I collect Playmobil for myself (I am 30 years old). I enjoy the design and appreciate the engineering that goes into its creation. I also spend hours „playing“ with my sets of Playmobil, setting up castles and villages and populating them with Playmobil „characters“. It is my hobby. I was happy to see the new line of Playmobil for 1996 a few days ago. It is very impressive and it appears that they have implemented some of the ideas I sent to them recently. I am eagerly awaiting their appearance in my local toy store. Thank you for your response. It is always interesting to talk to someone other than a child about Playmobil.

Take care, talk soon.

Gordon Smuder Minneapolis USA  
DcNitehawk@aol.com

*Can't beat the Feeling - we call Klärner the new HABERMAS, join the party!*

Hi Andreas

Ich habe soeben Deinen Artikel ueber Nintendo und Playmobil gelesen. Du hast vollkommen recht, wenn Du feststellst, dass jeder der Super-Ma-

rio spielt, sich nur in der von dem Programmierer ausgedachten Welt bewegen kann. Das Spiel jedoch deswegen faschistoid zu nennen, ist meiner Meinung ziemlich an den Haaren herbeigezogen. Vor allem das gleichsetzen von einem Programmierer und mit dem Begriff des Fuehrers ist doch voll absurd. Man sollte wahrlich nicht leichtfertig mit solchen Begriffen spielen. Was ist eigentlich an dieser Konstellation, naemlich das jemand sich einer vorgefertigten Welt einfüegen muss neu??? Oder willst Du etwas alle Computer sowie Brettspiele und auch alle Buecher Ausbeurten krankhafter Fascho-Fuehrer nennen. Auch dort bewegt man sich in Welten, die von anderen erdacht worden sind mit mehr oder weniger festen Regeln. Selbst jedes Buch laesst nur eine begrenzte Aauslebung der eigenen Phantasie zu, denn am Ende muss man doch den vorgefertigten Ideen des Autors folgen.

Dirk Franzmann

<franzman@mech.kth.se>

Ich rate zu LEGO, denn Du weisst ja! Befass Dich mal mit NSK - Neue Slovenische Kunst und deren Musik Zweig LAIBACH - da gibts interessante und ambivalente Einsichten. Buchtip: Slavo Siska (mit zwei Hajeks): „Metastasen des Geniesens“ Mein besonderer Hass gilt einem Grossteil des kommerziellen Hollywood-Outputs - bei Stargate wär ich fast geplatzt.

sei gesund

"Dr. Geist", Graz, Michael Eisner  
<meisner@gewi.kfunigraz.ac.at>

Deiner Definition von Phantasie möchte ich hinzufügen, daß es den computerspielenden Kindern zuzutrauen sein sollte ihre Phantasie durch ausschalten des Geräts zu beweisen. Wäre das nicht möglich dann müßte ja jeder der einmal in die faschistischen Fänge des Klempners Mario geraten ist bis zum endgültigen Stromausfall weiterspielen. Dem

CP-V 1100 L3C8 | C | BR " 663 VR L 7 + 0 VV 0 3 L3 - 2 0 VU - 2 0 VU - L VU - - 3 A L 0 > gcõ - p ~ Cx

am Ende muss man doch den vorg  
bve Dirk

Wick internet censorshipin gerant s

Yeah what the fuck is the deal with  
freedom of the people to do as they

Right on!!!! keep in the good wo

We are liberal Americans and the

Although I read German well and  
in order to make myself best under  
keep it ubi

Why don't you all use the english  
anal retentive skin-heads.

what the hell s up with the language

Jeder Man:

Ich bin ein Amerikaner in Iacom

Bremen und er hat ein e-mail addi

Handwritten notes on the right margin.

ist meiner Erfahrung nach aber nicht so.

Statt PLAYMOBIL würde ich LEGO empfehlen, denn es ermöglicht weit mehr individuelle Kombinationen und Formgebungen. Ob die entstehenden Modelle den medial eingegebenen (Arche-)typen folgen oder nicht, mimetisch sind oder nicht ist dann eine Frage des individuellen Charakters des Spielenden. Weiters halte ich Deine Strategie ein Konsumprodukt (Playmobil) als weltrettende Alternative dem Anderen (Super-Mario) entgegenzustellen für kurzsichtig. Denn ist der Faschismus nicht systeminhärent? Hoffe auf Antwort!

Michael Eisner  
<meisner@gewi.kfunigraz.ac.at>

*LEGO ist technoider Wahnsinn, da hier der Mensch überhaupt keine Rolle mehr spielt. Kleinkinder werden durch systeminhärentes, entmenschetes, sogenanntes Spielen mit Plastiksteinchen zu willfährigen Objekten der spätkapitalistischen Maschine. HANDS OFF!*

**Subject: Legitimationsprobleme des Anti-Kapitalismus**

**zu den Artikeln: "Traum aus Traum an? Probleme des Experimentierfeldes" von Andreas Klärner und Christof Meueler in Ausgabe 2/96, S. 12-14**

**zu finden unter:**

[www.th-darmstadt.de/asta/maxover/exp.htm](http://www.th-darmstadt.de/asta/maxover/exp.htm)

und

**"Einkaufen mit dem freundlichen Volkskommissar" von Mustafa Mostafa-Darwish in Ausgabe 2/96, S. 49-51**

**zu finden unter:**

[www.th-darmstadt.de/asta/maxover/kaufen.htm](http://www.th-darmstadt.de/asta/maxover/kaufen.htm)

Ist es denn nicht möglich, Wahrheit zu verkünden? Völlig orientierungslos alleingelassen frage ich mich nach der Lektüre des „maximum overdrive“, vor was ich mich mehr fürchten soll: Was ist das schlimmere Herrschaftsinstrument, mit dem die weltweite Verschwörung des Ka-

pitalismus-Imperialismus mich armen Ahnungslosen knechten will? Ist es die Trennung zwischen Arbeit auf der einen und Wohnen/Leben auf der anderen Seite, deren Überwindung im Artikel über die Architektur-Studis postuliert wird? Oder ist es die zu befürchtende Verquickung von Arbeit und Privatsphäre, vor der im Artikel über Computerarbeit gewarnt wird? Außerdem hat mir der Titel „hochdruck“ besser gefallen... der neue Untertitel ist aber Klasse. Mehr Literatur und Dosenbier. Diese Informationen sind streng vertraulich und sofort nach der Lektüre sorgfältig zu vernichten. (*hiermit geschehen, m.o.*)  
Henning Zipf  
<st002088@hrz1.hrz.th-darmstadt.de>

*Mostafa-Darwish argumentiert mit einem anderen Arbeitsbegriff als Meueler/Klärner: diktierter Arbeit vs. selbstbestimmte Arbeit (Barbarei oder Sozialismus).*

*Aus den Dosenbierprotokollen: Meueler - „Dosenbier, nicht mit mir“, Klärner - „HANSA-Pils ist eigentlich ganz gut“, Mostafa-Darwish - „Dosenbier? Immer gut beim DÖNER-Stand“ (!)*

**Subject: fuck internet censorship internet ausgabe von maximum overdrive**

**Seite:**

[www.th-darmstadt.de/asta/maxover/soldat.htm](http://www.th-darmstadt.de/asta/maxover/soldat.htm)

I want to read! Do you have your page in english??  
pirlal1@hey.net

Yeah! what the fuck is the deal with internet censorship. I thought this was supposed to be a free society and freedom of the people to do as they choose. Right on!!!!!! keep up the good work  
RPenny7@aol.com

„fuck internet censorship“ gefällt! sehr!

Martha Lewe <lewe@zsb.th-darmstadt.de>

**Subject: Eher allgemeine Kommentare und Verirrtes**

**Hauptseite:**

[www.th-darmstadt.de/asta/maxover/maxo.htm](http://www.th-darmstadt.de/asta/maxover/maxo.htm)

We are liberal Americans and like Germany very much.

<Student@sowi-nov.uibk.ac.at>

University of Innsbruck

Although I read German well, and at least used to be able to speak it as well, I am writing in my native tongue in order to make myself best understood. I really like you web pages and would like to encourage you all to keep it up. It is all rather enjoyable to read.

josephbu@sprynet.com

Ei isch hab grad mal gefragt, ...

... wie denn die E-Mail vom Helmut heisse tut.

s m : ) e <st000874@hrz1.hrz.th-darmstadt.de>

Why don't you all use the english language, or swim back to Europe, you sound like a bunch of rope-sucking anal retentive skin-heads.

First

Last

<username@cariboo.bc.ca>

what the hell's up with the language, get with the continent already

First

Last

<username@cariboo.bc.ca>

Jeder Man:

Ich bin ein Amerikaner in Tacoma, Washington. I mochte meine kusine finden. Er arbeit mit Kraft im Bremen und er hat ein e-mail address, aber ich das nicht habe. Wo kann ein man ein e-mail address finden? Vielleicht Kraft hat ein Home page im Web....

Können Sie bitte auf Englisch wiederschreiben...Meine Deutsch ist sehr schleck..

Chris

Freudenreich

<Rainermann@aol.com>

*We are liberal Germans and like America very much!*

